

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 16. Mai 2019, 19:00 Uhr, Rathaussaal

Vorsitz: Hansjörg Huser, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrats 49
Mitglieder des Gemeinderats 7
Thomas Sigrist, Präsident Schulpflege
Martin Frey, Leiter Finanzabteilung
Blickenstorfer Urs, Gemeindeschreiber
Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin

Entschuldigt
abwesend: Jürg Baumann, SVP

- Traktanden:
- 1 Protokoll der Sitzung vom 14. März 2019
 - 2 Inpflichtnahme von Thomas Egloff, Forum 5430 (anstelle des zurückgetretenen Benedikt Egloff, Forum 5430)
 - 3 Rechenschaftsbericht 2018 der Einwohnergemeinde Wettingen_(2018-1878)
 - 4 Verwaltungsrechnung; Rechnungsabschluss 2018 der Einwohnergemeinde (2018-1879)
 - 5 Kreditbegehren von Fr. 4'940'000.00 (inkl. MwSt.) an die Baukosten für die Sanierung und Erweiterung des Kurtheaters Baden (2018-1977)
 - 6 Kreditbegehren von Fr. 1'695'000.00 (inkl. MwSt.) zur Erweiterung und Instandsetzung der Liegenschaft Scharenstrasse 42 (2019-0097)
 - 7 Nicodet Simona, CVP, vom 6. September 2018 betreffend Hundepark; Überweisung (2018-1655)
 - 8 Interpellation Läng Hanna, EVP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Altersleitbild Wettingen - wie weiter?; Beantwortung (2018-1790)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich begrüße Sie zur 10. Sitzung dieser Legislatur. Ein spezieller Gruss richte ich an die Zuschauer auf der Tribüne und danke Ihnen für Ihr Interesse an der Wetzinger Politik. Speziell möchte ich auch unseren neuen Leiter der Bau- und Planungsabteilung, Ilko Müller, auf der Tribüne begrüßen. Herzlich Willkommen in der Gemeinde Wettingen.

Lt Michael Krassnig ist heute für unsere Sicherheit besorgt.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) Postulat Fraktionen CVP, FDP und SVP vom 16. Mai 2019 betreffend "Fr. 100'000.00 steuerbares Einkommen sind genug für eine Subventionsberechtigung" (2019-0842)

Antrag

Der Gemeinderat soll die Tarifordnung für die Tagesstrukturen und die Krippen auf den nächstmöglichen Zeitpunkt, möglichst bereits auf das Schuljahr 2019/2020, wie folgt anpassen.

1. Einführung einer generellen Obergrenze von Fr. 100'000.00 steuerbares Einkommen für eine Subventionsberechtigung (heute besteht diese lediglich beim Mittagstisch und liegt bei Fr. 120'000.00)
2. Für Einkommen oberhalb der Limite von Fr. 100'000.00 steuerbarem Einkommen ist auch der Mittagstisch zu Vollkosten zu verrechnen.

Begründung

Wir haben in Wettingen ein tolles Krippen und Tagesstruktur-Angebot. Wir haben dieses schrittweise ausgebaut, angefangen mit der Einführung von Blockzeiten als Grundvoraussetzung bis zum allumfassenden Vollausbau des Tagesstrukturangebots von Montag bis Freitag, früh bis spät und auch während den Ferien.

Aufgabe der Gemeinde ist es, ein bedarfsgerechtes Angebot sicherzustellen, was heute der Fall ist. Der Einwohnerrat hat sich auch immer klar geäußert, dass Familien in wirtschaftlich schwierigen Verhältnissen unterstützt werden sollen, was zum Elternbeitragsreglement geführt hat. Auch die Infrastruktur wird durch die Gemeinde zur Verfügung gestellt.

Heute ist es jedoch so, dass auch viele Eltern, die dieser Definition nicht entsprechen, aus der leeren Gemeindekasse subventioniert werden.

Ausgelöst durch die Motion Hiller wurde verdankenswerterweise Kosten-Transparenz hergestellt. Das Resultat ist schockierend und unverständlich, wie konnten die Kosten nur derart aus dem Ruder laufen? Es wurde vom Gemeinderat erwartet, dass er die Stellschrauben in der Tarifordnung (z. B. Abschöpfungsgrad, maximales steuerbares Einkommen, Vollkostenverrechnung etc.) derartig anpasst, dass die Gesamtkosten im Lot bleiben. Ein 30 prozentiges Wachstum im Jahr 2018 gegenüber dem Schnitt 2014-2017 ist inakzeptabel und erfordert umgehende Korrekturmassnahmen. Dass die Vollkosten für den Mittagstisch noch immer Fr. 30.00 betragen, obwohl die Auslastung

deutlich gesteigert wurde und wieso der Anteil am Overhead, der sich auch auf mehr Kinder verteilt, nicht gesenkt wurde, ist unverständlich.

Für die schulergänzenden Tagesstrukturen wurden 2018 Fr. 622'000.00 ausgegeben vs. Fr. 350'000.00 des bewilligten Kredits im Rahmen der Initiative. (Der Tagesstrukturraum Kreuzzell kostete Fr. 737'000.00 vs. Fr. 600'000.00 bewilligt).

Als Sofortmassnahme fordern wir die Senkung des subventionierten steuerbaren Einkommens von Fr. 120'000.00 auf Fr. 100'000.00 per Schuljahr 2019/2020 für alle Tagesstruktursubventionsleistungen (nicht nur den Mittagstisch) ohne politische Korrektur der Vollkosten. Heute werden steuerbare Spitzeneinkommen beim Mittagstisch noch immer mit Fr. 12.00 subventioniert.

b) Postulat Fraktionen CVP, FDP und SVP vom 16. Mai 2019 betreffend "Mission eine Generation" Start 2020 (2019-0843)

Antrag

Der Gemeinderat soll ab dem Budget 2020 aktiv den Schuldenabbau angehen. Als Basis dient jeweils die Verschuldung vom letzten genehmigten Rechnungsabschluss. Gemäss beiliegender Berechnung muss nun für das Budget 2020 eine zusätzliche Reserve bzw. zusätzliche Abschreibungen, Überschuss o. ä. eingeplant werden. Für das Budget 2020 beträgt der zusätzliche Schuldenabbau basierend auf der Rechnung 2018 1.5 Mio. Franken.

Abweichungen von dieser Regel müssen begründet werden. Dieses Instrument darf jederzeit weiterentwickelt werden um die Zielsetzung einer tragbaren Verschuldung bestmöglich zu erreichen.

Begründung

Die Rechnung 2018 schloss operativ und ohne die Aufwertungsreserve mit einem Überschuss von 1.6 Mio. Franken ab. Die finanzielle Situation der Gemeinde Wettingen bleibt jedoch weiterhin sehr angespannt, da die Hoch-Investitionsphase noch nicht abgeschlossen ist und ihren Zenit mit ca. 130 Mio. Franken Schulden (Fr. 6'000.00 pro Einwohner) erst in den nächsten Jahren erreichen wird.

Unterdessen ist die Nettoschuld auf 89 Mio. Franken angewachsen, die Schuld pro Einwohner auf Fr. 4'264.00 und damit deutlich über dem Richtwert des Kantons von Fr. 2'500.00. Das ist temporär kein Problem, wenn wir es schaffen, die Schulden auch wieder zu verringern.

Wenn wir davon ausgehen, die Schuldenlast innerhalb einer Generation (= 25 Jahre) zumindest wieder auf den Richtwert von Fr. 2'500.00 zu bringen, so müssen wir Stand 2018 1.5 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen o. ä. budgetieren. Dieser Betrag steigt jedoch auf 3 Mio. Franken an. Und wenn wir wieder auf eine Schuld pro Einwohner von vor den Grossinvestitionen seit 2014 (Fr. 1'500.00) kommen wollen, so sind es 3.9 Mio. Franken jährlich.

Beispiel für Budgetierung 2020:

Verschuldung per 31.12.2018	89.2 Mio. Franken
Einwohner	20'920
Schulden/Einwohner	Fr. 4'264.00
Tragbare Schulden/Einwohner (gemäss Empfehlung Kanton/Revision)	Fr. 2'500.00
Nicht tragbare Schulden/Einwohner	Fr. 1'764.00
Nicht tragbare Schulden total	36.9 Mio. Franken
Amortisation nicht trag. Schulden	25 Jahre

Zus. Schuldenabbau Budget 2020 1.5 Mio. Franken

c) Motion Reinert Marie Louise, EVP, vom 16. Mai 2019 betreffend qualitätsvolles Licht und Schutz vor Lichtimmission (2019-0844)

Antrag

1. Die Farbtemperatur für die Beleuchtung des öffentlichen Raums in der Gemeinde Wettingen soll flächendeckend statt 4000 nur noch 3000 Kelvin oder weniger betragen.
2. Die Helligkeit soll entsprechend den Tageszeiten und abhängig vom Quartier und pro Leuchte programmierbar geplant werden, sei es durch intelligente Steuerung, sei es Dimmer oder Bewegungsmelder.

Die Gemeinde möge der EWW AG den entsprechenden Auftrag erteilen.

Begründung

Die Beleuchtung gehört der Gemeinde, also den Einwohnern. Die Beleuchtung ist für den öffentlichen Raum konstituierend.

Menschen reagieren empfindlich auf das grelle kalte Licht über 3000 Kelvin. Dieses beeinträchtigt den Tag-Nacht-Zyklus und die Regeneration während des Schlafs. Die in Wettingen neu aufgestellten Leuchten sind störend grell und leuchten nachts zu hell und zu lange. Klagen von Mitbürgern belegen das.

Nachtaktive Tiere (Bienen, andere Insekten, Vögel, Fledermäuse) werden durch das grelle Licht angezogen und in Dauerstress versetzt.

Die LED-Leuchten haben Lichtkegel, die man konzis und auf das Nötige beschränken kann. Soweit so gut. Für eine Reduktion der Kelvinzahl zugunsten eines wärmeren Lichts sind die technischen Möglichkeiten aber erst jüngst besser geworden. Ebenso die Möglichkeiten für eine intelligente Steuerung, abhängig von Ort, Zeit und Bedarf.

Auch die Einsicht in ökologische und optische Qualität ist in der letzten Zeit gewachsen.

Von der Sicherheit her oder vom Verkehr besteht kein Bedürfnis, das grellere Licht zu wählen. Die seit den 70erjahren üblichen Hochdruck-Natrium-Dampfleuchten haben auch ein wärmeres Licht (1750 Kelvin).

Laut Auskunft der EWW AG sind in den nächsten 20 Jahren noch 80 % der Leuchten in der Gemeinde zu ersetzen. Der Moment ist günstig, die Weichen zu stellen für eine entsprechende Planung der künftigen Beleuchtung, die dem Umweltschutzgesetz Rechnung trägt. Dieses verlangt, dass Einwirkungen, die schädlich oder lästig werden

könnten, frühzeitig begrenzt werden. Auch das Bundesgericht hat schon die einschlägige SIA-Norm 491.2013 beigezogen und die Nachtruhe analog zum Lärmschutz (22.00 bis 6.00 Uhr) als im öffentlichen Interesse gewertet.

Die Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft ist mit den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich an einem Forschungsprojekt, das die Wirkung reduzierter Grelligkeit auf das Verhalten von Insekten und Fledermäusen untersucht. Die Reduktion auf 30 bis 40 % brachte eine Reduktion der Aktivität um die Hälfte (von der Dämmerung bis zum Ganz-Abschalten um 01.30 Uhr). Aktuell werden Versuche gemacht mit Kelvin 1750, was den Natriumdampflampen entspricht.

Finanziell: Leuchten mit weniger Kelvin brauchen 8 % mehr Strom als solche mit größerem Blau-Anteil. Aber die Einsparung von Strom im Betrieb der Lampen ist im Vergleich zu den alten Leuchten immer noch gross; am meisten sparen kann man mit Reduzieren und Abschalten durch intelligente Steuerung. Die Steuerung pro Leuchte kostet etwa 100 Franken. Diese Investition wird sich über die Jahre sehr gut rechnen.

Wettingen – Gartenstadt – auch morgen und übermorgen

Die folgenden neun subsumierten Postulate haben als Ziel, die reale Existenz einer Gartenstadt in Wettingen auch in Zukunft zu sichern und ihre Qualität zu erhalten und zu fördern. Gärten sollen umwelt- und naturfreundlich gepflegt werden, sollen Spiel- und Erholungsräume sein und Begegnungsorte. Sie sichern für Bewohner, Gemeinde und Investoren ein attraktives Umfeld. Die Mitwirkung der Bevölkerung und der Betroffenen gemäss Art. 4 Absatz 2 des Raumplanungsgesetzes sichert die Akzeptanz der Massnahmen.

d) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Verdichtung gestalten und Gärten erhalten (2019-0845)

Antrag

Entwicklungsplanung und BNO-Revision sollen von den Quartieren aus gedacht werden. Und zwar insbesondere vom Aussenraum her. Es sollen in den verschiedenen Quartieren die Bestände an Grünfläche und Gärten aufgenommen und dokumentiert werden. Es gibt viele kleine Grundstücke, die oft miteinander ein zusammenhängendes Grüngelände bilden, das für Flora und Fauna von grossem Wert ist und ebenso den Menschen im Quartier das Erlebnis von Weite und Grosszügigkeit ermöglicht.

Dann sind spezifisch für die einzelnen Quartiere Zielvorstellungen zu formulieren, wie sich die Bestände entwickeln sollen. Die Verdichtung soll aktiv gestaltet und definiert werden. Gartenareale sollen soweit möglich im Zusammenhang erhalten bleiben.

Entsprechend sind die Massnahmen zu wählen, die zur Zielerreichung dienen.

Solche Massnahmen können unter anderem sein:

- a. Die Zonierung, die Benennung der Zonen und die darauf bezogenen Vorschriften sollen auf die Quartiere bezogen werden. Dadurch gewinnt die BNO an Aussagekraft, an Überzeugungskraft, an prospektiver Wirkung.
- b. Gestaltungspläne, Pflichtbaulinie oder Baufelder so festlegen, dass die Bauten an der Strasse aufgereiht sind, mit Unterbrüchen nach zwei oder drei Bauten.

- c. Deutliche generelle Reduktion der Ausnutzungsziffer für Einzelgrundstücke in den hauptsächlich dem Wohnen dienenden Zonen, kombiniert mit dem Anspruch auf eine höhere Ausnutzung und auf bis zu zwei zusätzliche Stockwerke, wenn für Ersatz-Neuüberbauungen vier Grundstücke zusammengelegt und die Gebäudegrundflächen so minimiert und gestaltet werden, dass möglichst grosse zusammenhängende Garten- oder Grünflächen erhalten oder geschaffen werden, die räumlich optimal angeordnet und auf die unmittelbare Umgebung abgestimmt sind und dank Bepflanzung mit einheimischen Arten einen hohen ökologischen Wert aufweisen.
- d. Festlegung einer Grünflächenziffer und deren Definition und der für eine ökologische Nutzung der Fläche erforderlichen Pflege
- e. Regelungen für die Gestaltung der Vorgärten und ortstypischer Einfriedungen zur Sicherung von deren Vielfalt und Strukturreichtum, (entsprechend der Richtlinie für die Gestaltung im Gebiet gemäss BNO § 13), beispielsweise in quartierspezifischen Ergänzungsplänen.
- f. Berücksichtigung und Freihaltung von Sichtachsen
- g. Der Transfer von Grünflächen zur Gestaltung grösserer Freiräume soll geprüft werden.

Begründung

Verdichtetes Bauen funktioniert nur, wenn Grünflächen in hoher Qualität gesichert werden. Ein Gebäude gehört dem Eigentümer – Siedlung und Landschaft gehören allen. Die privaten Gärten spielen für die Qualität der Freiräume für die ansässige Bevölkerung UND für den Wert von Immobilien auf dem Markt eine sehr grosse Rolle.

Gärten stärken das Ensemble: Aussenräume sind ebenso Bestandteil von Ortsbildern wie die Bauwerke selbst.

Der Wert einer Immobilie auf dem Markt hängt stark ab vom Erscheinungsbild. Verdichten braucht Qualität. Gärten bringen Qualität.

Gärten ermöglichen Identität, sie tragen bei zur Unverwechselbarkeit und Vielseitigkeit eines Lebensraums.

Ein Quartier ist auch für die Menschen ein Biotop, in dem sie sich wohl und zuhause fühlen sollen. Durchgrünte Siedlungsräume sind gesunde Lebensräume für die ansässigen Menschen.

Wenn die Diversität in der Gestaltung und Bepflanzung berücksichtigt wird, sind sie es auch für Flora und Fauna.

Gärten sind einerseits ein Kulturphänomen. Gleichzeitig und in noch höherem Mass sind sie für das Überleben und die Gesundheit der Bewohner ein wichtiges Element.

Mit naturnaher Gestaltung kann man diesen Ansprüchen gerecht werden und gleichzeitig den Aufwand für die Pflege senken. Zudem stiften einheimische Pflanzenarten Identität und Verbundenheit mit der Umgebung und fördern die Biodiversität in Dorf und Stadt.

e) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Biodiversität (2019-0846)**Antrag**

Die übergeordneten Vorgaben für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität sollen in der BNO für das Siedlungsgebiet konkretisiert und umgesetzt werden, sei es durch verbindliche Vorschriften oder sei es durch Empfehlungen sowie durch aktive Massnahmen der Gemeinde.

- Mit dem Boden soll sorgfältig und fachgerecht umgegangen werden.
- Giftige Substanzen wie Insektizide, Pestizide, Fungizide etc. sollen nicht verwendet werden.
- Schottergärten sollen kurzerhand verboten werden. Solche Umgebungen schädigen das Gemüt der Bewohner, schädigen den Boden als kostbares Gut unserer Landschaft, schädigen Pflanzen und Tiere, brauchen Unkrautvertilger, und schädigen den Ruf von Wettingen als attraktive Wohngemeinde auf dem Immobilienmarkt.
- Invasive Neophyten der Schwarzen Liste von Inofflora sollen bekämpft und deren Neupflanzung soll verboten werden.
- Eine Bewirtschaftungspflicht soll geprüft werden.

Begründung

Verdichtetes Bauen funktioniert nur, wenn die verbleibenden Grünflächen eine hohe Qualität aufweisen. Mit naturnaher Gestaltung kann man diesen Ansprüchen gerecht werden und gleichzeitig den Aufwand für die Pflege senken. Zudem stiften einheimische Pflanzenarten Identität und Verbundenheit mit der Umgebung und fördern die Biodiversität in Dorf und Stadt.

Beispiel: Die Gemeinde Neunkirch im Klettgau hat ein Reglement für Gärten und definiert sie als ortsbildprägende Freihalteflächen in einer besonderen „Freihaltezone Gartenbereiche“ mit der Nutzung durch Gartenprodukte und zur Erholung.

f) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend ortsbildprägende Grün- und Freihalteflächen (2019-0847)**Antrag**

Die neue BNO soll für ortsbildprägende und für ökologisch wertvolle Flächen eine begrifflich erweiterte Zone für Grün- und Freihalteflächen festsetzen. Zu diesem Zweck ist das ganze Gemeindegebiet daraufhin zu überprüfen, wo zusätzlich zu den bestehenden Grünzonenflecken an Wasserläufen weitere geeignete Flächen dieser Zone zuzuweisen sind. In Frage kommen: Parkanlagen, die letzten Baumgärten, Bauerngärten, Quartiere mit Hausgärten, Grünkorridore.

Zwecke einer solchen Zone: Erhaltung und Förderung der Biodiversität, Korridore für einheimische Fauna und Flora, Erhaltung einheimischer Pflanzen, Erhaltung einheimischer Kulturgüter, welche die Gärten darstellen.

Begründung

Der heutige §19 BNO bezieht sich nur auf das Landschaftsbild und erwähnt weder den ökologischen noch den ökonomischen Aspekt. Die ökonomische Bedeutung der Biodiversität und der ökologischen Vielfalt und Vernetzung ist wissenschaftlich bewiesen und gemessen. Wir erhöhen den Wert der Liegenschaften und Immobilien im Ort, wenn wir die Umgebung in die Planung und Sorgfalt einbeziehen.

Gärten sind einerseits ein Kulturphänomen. Gleichzeitig und in noch höherem Mass sind sie für das Überleben und die Gesundheit der Bewohner ein wichtiges Element.

Ökosystemleistungen tragen massgeblich zum wirtschaftlichen Wohlstand und zur Lebensqualität der Bevölkerung in der Schweiz bei.

g) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Seglerschutz/Artenschutz (2019-0848)

Antrag

§ 56 BNO betrifft die Nistplätze der Mauersegler und Schwalben im Siedlungsgebiet der Gemeinde. Diese Artenschutz-Vorschrift muss bei der Revision erhalten bleiben. Sie ist auf weitere Tierarten wie insbesondere die Fledermäuse auszudehnen.

Begründung

Mauersegler und Schwalben bedürfen wie auch die Fledermäuse ganz spezifischer Unterschlupfmöglichkeiten, also einer angepassten Lebensraumgestaltung auch dann, wenn der Mensch sich darin einnistet. Die Tiere bereichern die natürliche Umgebung. Deshalb ist der Artenschutz zu erweitern und für das Siedlungsgebiet verbindlich zu konkretisieren.

Fledermäuse sind durch das Natur- und Heimatschutzgesetz geschützt:

Art. 18 Schutz von Tier- und Pflanzenarten

Schutz von Tier- und Pflanzenarten

¹ Dem Aussterben einheimischer Tier- und Pflanzenarten ist durch die Erhaltung genügend grosser Lebensräume (Biotope) und andere geeignete Massnahmen entgegenzuwirken. Bei diesen Massnahmen ist schutzwürdigen land- und forstwirtschaftlichen Interessen Rechnung zu tragen.

Lässt sich eine Beeinträchtigung schutzwürdiger Lebensräume durch technische Eingriffe unter Abwägung aller Interessen nicht vermeiden, so hat der Verursacher für besondere Massnahmen zu deren bestmöglichem Schutz, für Wiederherstellung oder an sonst für angemessenen Ersatz zu sorgen.

h) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Gartenwissen und -können weitergeben (2019-0851)

Antrag

Wettingen informiert und berät Liegenschaftsbesitzer, damit naturnahe Gärten mit einheimischen Pflanzen und passenden Kulturpflanzen angelegt und ökologisch gepflegt werden können.

1. Sinnvoll ist eine Ansprechperson aus dem Werkhof, die konkret vor Ort raten kann.
2. Ferner können Anleitungen entnommen werden aus einer reichen Fülle von Angeboten:

Grün Stadt Zürich: https://www.stadt-zuerich.ch/ted/de/index/gsz/angebote_u_beratung/beratung/mehr-als-gruen.html#praxismodule_fuerdienaturnaepflege

Jardin Suisse und Kanton Aargau: <http://www.naturmodule.ch/module.php>

Broschüren von Birdlife Schweiz: <https://www.birdlife.ch/de/garten>

Die online-Plattform des Vereins FLORETIA, unterstützt vom Bundesamt für Umwelt, bietet Angaben für standortgerechte Pflanzen samt Pflegeanleitungen: www.floretia.ch

3. Die Gemeinde eröffnet einen Fonds für Gartenpflege: So können Gärten von einer Generation in die nächste tradiert werden: Eigentümer, die Hilfe brauchen, bekommen so Unterstützung. Auch nachbarschaftliche Hilfe kann vermittelt werden. Die entsprechenden Stellen sind ja schon an der Arbeit in den Quartieren. Der Fonds kann aus Bussgeldern geöffnet werden.

Begründung

Die „Gartenstadt“ als Aushängeschild braucht einen realen Grund: vorhandene Gärten. Das Kulturgut „Garten“ ist durch Generationenwechsel und veränderte Lebensgewohnheiten gefährdet. Das Gartenwissen ist für die Gemeinde von öffentlichem und ebenso von wirtschaftlichem Interesse.

i) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, WettiGrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Umgebung als wesentliches Element von Siedlungsgestaltung, Ortsbild und sinnstiftender Architektur (2019-0852)

Antrag

Um eine hohe Siedlungsqualität zu erreichen, sind deckend für das ganze Siedlungsgebiet Gestaltungsvorgaben zu machen, welche mit gleichem Stellenwert den umbauten Raum und den Freiraum zwischen den Gebäuden erfassen.

Insbesondere sollen Schutzmassnahmen für schutzwürdige Ortsbildbereiche und für einzelne schutzwürdige Objekte die Freiräume und die Umgebung mit umfassen.

Pläne, welche die Umgebungsgestaltung aufzeigen, sind grundsätzlich für alle Baugesuche erforderlich und werden verbindlicher Teil der Baubewilligungen. Es sollen mehrheitlich einheimische standortgerechte Pflanzen gezogen werden. Der Gemeinderat soll Ersatzvornahmen anordnen, wenn die vereinbarten oder verfügbaren Massnahmen der Umgebungsgestaltung nicht eingehalten werden.

Begründung

Die „Gartenstadt“ als Aushängeschild braucht einen realen Grund: real existierende Gärten.

j) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend ökologischer Ausgleich (2019-0853)**Antrag**

Zum Zweck des ökologischen Ausgleichs, also zur Erhaltung und Schaffung von natürlichen Lebensgrundlagen innerhalb des Baugebiets und zur Vernetzung von Biotopen, sollen Ausgleichsflächen geschaffen werden:

1. Zum Beispiel sind Flachdächer und Dachflächen bis zu einer Neigung von 10 Grad durch Aussaat von Dachkräutermischungen von einheimischen Arten extensiv zu begrünen. Diese Flora ist dauerhaft beizubehalten.
2. Böschungen, Hecken und Sichtschutzpflanzungen sollen mit einheimischen, standortgerechten Pflanzen gestaltet werden.
3. Die Umgebungsplanung generell soll die Verluste abfedern.

Begründung

Hitzeschilder in dichtbebauten Gebieten können durch Dachflächenbegrünung deutlich reduziert werden. Die Nutzung von Dächern für Fotovoltaik und die Begrünung können sich gegenseitig ergänzen und optimieren.

k) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Ausgleich von Planungsvorteilen (2019-0854)**Antrag**

Der Gemeinderat soll mit Grundeigentümern, denen durch Planungsmassnahmen besondere Vorteile zukommen, Verhandlungen aufnehmen zwecks Abschluss eines Vertrags zur Abgeltung eines angemessenen Anteils des Planungsmehrwerts für bestimmte öffentliche Zwecke. Solche Zwecke können sein:

1. Massnahmen zur Erhöhung der Siedlungsqualität, wie namentlich Schaffung und Gestaltung öffentlicher Räume und Erholungsgebiete sowie Erhaltung und Entwicklung der Baukultur,
2. Finanzierung von eventuellen Minderwert-Entscheidungen wegen der Anordnung von Grün- und Freihaltezonen.

Begründung

Die kantonalen Gesetzesgrundlagen (Baugesetz, Mehrwertabgabeverordnung) erlauben solche Abgeltungen; die finanzielle Situation der Gemeinde erfordert und legitimiert sie.

l) Postulat Reinert Marie Louise, EVP, und Scherer Kleiner Leo, Wettigrünen, vom 16. Mai 2019 betreffend Sicherung der noch vorhandenen Böden von hoher Qualität (2019-0855)**Antrag**

Noch vorhandene Kulturlandflächen, insbesondere Fruchtfolgeflächen, sind möglichst weitgehend für die Landwirtschaft zu erhalten, unabhängig davon, ob sie zur Zeit der Bauzone zugeteilt sind.

Zu diesem Zweck ist als Planungsgrundlage für alle nicht überbauten Flächen die Qualität des Bodens zu erheben.

Begründung

Fruchtbarer ungestörter Boden ist ein wertvolles Gut, das nicht kurzfristig ersetzt werden kann, sind doch für die Entwicklung von Böden der höchsten Qualität historische Zeiträume nötig. Die Bildung eines 30 cm tiefen Bodens dauert bis zu 10'000 Jahre. Böden entwickeln sich sehr, sehr langsam. Ein Millimeter Boden entwickelt sich in durchschnittlich etwa 150 Jahren. Die meisten Schweizer Böden sind nach der letzten Eiszeit, d.h. in den letzten 10'000 Jahren entstanden.

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse der Einwohnerratssitzung vom 14. März 2019, die dem fakultativen Referendum unterstellt waren, sind in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Tischaufgabe

- Neue Sitzordnung
- Geschäftsbericht 2018 EWW AG
- Geschäftsbericht 2018 Tägi AG
- Geschäftsbericht und Flyer Eduard Spörri Stiftung
- Traktandenbericht zur Verwaltungsrechnung
- Flyer und Schokolade des Blues Festivals

0.4 Rücktritte

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir haben den Rücktritt von Benedikt Egloff zu verzeichnen. Ich lese Ihnen sein Austrittsschreiben vor.

"Sehr geehrter Präsident, werter Einwohnerrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ziemlich unverhofft trat ich dem Einwohnerrat bei. Ebenso unverhofft trete ich wieder aus. Nicht ganz freiwillig. Meine Gesundheit veranlasst mich dazu. Die Arbeit im Einwohnerrat hat mich oft beeindruckt. So zum Beispiel der erstaunenswerte Gleichmut der Gemeinderäte, die fulminanten Plädoyers, die akribischen Prüfungen, die staatsrechtlichen Hinweise zu den Verfahren oder die Souveränität unseres Einwohnerratspräsidenten. Ich wünsche allen weiterhin viel Erfolg und Freude an dieser wichtigen Arbeit und bedanke mich für die gute Zusammenarbeit."

Benedikt Egloff war seit Januar 2018 Mitglied des Einwohnerrats und hat in dieser Zeit mit Franziska Widmer eine Motion eingereicht. Sie erklärte mir, dass Benedikt Egloff anlässlich ihrer Partei-Generalversammlung geehrt werde.

0.5 Fraktionserklärung

Huser Michaela: Wir alle durften es aus den Medien erfahren: Die Sanierung Tägerhard wird, Stand heute, 4,74 Mio. Franken teurer. Dies nachdem der Gemeinderat im Januar 2019 noch verkündete, dass die Mehrkosten rund 3.5 Mio. Franken betragen. Nur knapp drei Monate später scheint es nun nochmals zu einer unvorhersehbaren Überraschung gekommen zu sein: Wenn das so weitergeht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wo wird das enden?

Sehr erstaunt ist die Fraktion SVP auch über die Begründung dieser Mehrkosten. Nach 12 Jahren Planung durch Stararchitekten und Projektierungskosten von über 4 Millionen Franken werden Plättli, Asbest und Erdbebenertüchtigung als Hauptgründe dieser Mehrkosten aufgelistet. Das zu glauben, fällt uns schwer. Ausserdem erinnern wir uns daran, dass wir ursprünglich einmal ein Restaurant bewilligt haben und nun lediglich eine Hot-Dog-Bar erhalten. Wir fragen uns, ob wir in der Vergangenheit die richtige Beratung erhalten haben.

Dass das Tägi für unsere Gemeinde eine grosse Kiste ist und so auch finanziell ein grosses Risiko birgt, war voraussehbar. Daher haben wir, der Einwohnerrat von Wettingen, am 1. September 2016 unter Traktandum 3, Kreditbegehren von Fr. 46'530'000.00 (inkl. MwSt.) für die Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard, einen Antrag gestellt. Mit diesem Antrag wurde mit 34 Ja- : 13-Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, Folgendes beschlossen: "Die Finanzkommission ist regelmässig durch den Gemeinderat mittels eines Berichts/Kostencontrollings über die Kostenentwicklung der Sanierung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard schriftlich zu informieren." Der Gemeinderat hat diesen Auftrag offenbar nicht eingehalten, mit der Konsequenz, dass unsere Schulden nun um weitere 4.7 Mio. Franken steigen.

Auf dieser Basis eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufzubauen, gestaltet sich schwierig. Wir erwarten vom Gesamtgemeinderat, dass er in Sachen Tägi seinen Hausaufgaben nachkommt und unsere Vereinbarung einhält.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen künftig offenbar noch genauer hinschauen, wenn wir Investitionen tätigen, und die vom Gemeinderat gemachten Versprechungen konsequenter einfordern.

0.6 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen beantragt.

1 Protokoll der Sitzung vom 14. März 2019

Das Protokoll der Sitzung vom 14. März 2019 wird genehmigt und der Protokollführerin und ihrem Team verdankt.

2 Inpflichtnahme von Thomas Egloff, Forum 5430 (anstelle des zurückgetretenen Benedikt Egloff, Forum 5430)

Der Präsident nimmt

Thomas Egloff, Forum 5430 (anstelle des zurückgetretenen Benedikt Egloff, Forum 5430)

in Pflicht, heisst ihn als Einwohnerrat herzlich willkommen und wünscht ihm für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

Dringliches Postulat Burger Alain, SP, Camponovo Christa, SP, Dzung Dacfoy, Wettigrünen, Knaup Adrian, SP, Oberholzer Christian, SP, Scherer Leo, Wettigrünen, Schmidmeister Lea, SP, und Urfer Katharina, SP, vom 7. Mai 2019 betreffend Ausruf des Klimanotstands

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Wir werden nun über die Dringlichkeit des eingegangenen dringlichen Postulats betreffend Ausruf des Klimanotstands entscheiden. Es wird also nicht über das Materielle des Postulats diskutiert, sondern lediglich über dessen Dringlichkeit entschieden.

Knaup Adrian: Sie kommen am Anfang in den Genuss einer kleinen Geschichte. Stellt euch vor, wir hätten eine magische Pipette. Magisch deshalb, weil sich jeder Tropfen aus der Pipette automatisch nach einer Minute verdoppeln wird. Also zuerst ein Tropfen, nach einer Minute zwei Tropfen, nach zwei Minuten vier Tropfen, nach drei Minuten acht Tropfen und so weiter. Das ist exponentielles Wachstum.

Stellen wir uns jetzt ein Fußballstadion vor. Wir sitzen in der obersten Reihe des Stadions. Wenn das Spiel angepfiffen wird, wird der erste Tropfen aus der magischen Pipette ins Stadion gegeben. Wir schauen das Fussballspiel und wir wissen, dass sich der Tropfen mit jeder Minute einmal verdoppeln wird. Angenommen, das Stadion wäre komplett wasserdicht. Wie lange haben wir Zeit, um uns in Sicherheit zu bringen, bevor das Wasser die Oberkante des Stadions erreicht, sprich wir ertrunken sein werden? Stunden, Tage, Wochen, Monate? Ich nehme die Antwort vorweg: Wir haben genau 49 Minuten Zeit. Dann ist das ganze Stadion mit Wasser gefüllt. Aber es kommt noch etwas dazu. Eine Minute vor Ende der 1. Halbzeit ist überhaupt noch nichts zu sehen. Nach 45 Minuten, also bei Abpfiff der ersten Hälfte, ist immer noch 93 % des Stadions wasserfrei. Wir sitzen also auf unserem Stuhl und überlegen uns, ob wir in der Pause eine Bratwurst oder Cervelat kaufen gehen, weil alles, was wir vier Minuten vor unserem sicheren Ende sehen, ein mit etwas Wasser bedecktes Spielfeld ist. Wenn wir eine Minute später realisieren, dass eine Katastrophe im Anmarsch ist, ist es bereits zu spät. Es bleibt zu wenig Zeit, das Stadion zu verlassen. Wir ertrinken.

Meine Damen und Herren, eine Gruppe von Einwohnerrätinnen und Einwohnerräten aus unserer Fraktion hat ein dringliches Postulat zur Ausrufung des Klimanotstands eingereicht. Darin fordern wir übereinstimmend mit der Klimastreik-Jugend in sechs Punkten Massnahmen zur Eindämmung des Klimawandels auf Gemeindeebene. Ich habe Ihnen die einleitende Geschichte erzählt, um deutlich zu machen, warum das Postulat dringlich eingereicht wurde. Wir alle sind uns bewusst, dass sich das Klima unserer Erde ausserordentlich verändert. Viele Faktoren, die das Klima beeinflussen, verändern sich nicht gradlinig, sondern eben exponentiell. Lange verändert sich nichts oder wenig, aber plötzlich beschleunigen sich die Veränderungen rasant (z. B. Bevölkerung, Wasserverbrauch, Aussterben von Arten).

Wir alle sitzen also im Stadion. Wir sehen, dass das Spielfeld bereits überflutet ist, diskutieren aber darüber, ob wir eine Bratwurst oder einen Cervelat nehmen. Und in vier Minuten ist alles unter Wasser. Es stimmt, im Moment wirkt alles noch gar nicht so tragisch. Draussen haben wir schönes Wetter, der Sommer kommt bald und nach der Sitzung gehen wir zusammen etwas trinken. Aber es wird bald sehr schnell tragisch, wenn wir jetzt nicht handeln. Der Zeitraum für wirksame Massnahmen ist auf ein paar Jahre beschränkt. Die meisten hier im Saal, zu denen auch ich gehöre, können hoffen, gerade noch davonzukommen, weil wir die wirklich krassen Folgen des Klimawandels nicht mehr erleben werden. Meine Kinder und einige der Menschen auf der Tribüne können das nicht mehr hoffen. Leben nach dem Motto "nach mir die Sintflut" ist für sie keine Option. Darum weist das Thema Klimawandel bei der jüngeren Generation eine ganz andere Dringlichkeit auf. Sie sehen nämlich mehr Handlungsbedarf. Aber wir sind die politischen Verantwortlichen. Zwar nicht global, aber immerhin kommunal.

Hören wir endlich auf, nur um die heisse Bratwurst herum zu reden und packen wir das Thema an. Und bitte nicht erst in ein paar Monaten oder in einem Jahr, wenn es dann mal Platz auf der Traktandenliste findet und es der Gemeinderat vorbereitet hat, sondern jetzt. Wir müssen Verantwortung übernehmen. Unser dringliches Postulat ist nicht ein Aufruf zu unüberlegtem Handeln in Klimafragen. Es ist ein dringlicher Aufruf, um in Klimafragen überhaupt zu handeln.

Ich bitte Sie, auch im Namen der besorgten Jugend, der Dringlichkeit dieses Postulats zuzustimmen und damit überhaupt etwas zu ermöglichen. Wir geben damit ein deutliches Zeichen, dass uns der Klimawandel wichtig ist und wir gewillt sind, das uns Mögliche zu unternehmen, um ihn einzudämmen.

Michel Roland: Danke an die Einwohnerräte der SP für das Einreichen dieses Postulates. Als ein in den letzten Jahren aktives Mitglied mehrerer Umweltschutzverbände kann ich alle Massnahmen und Anstrengungen gegen die Klimaerwärmung bzw. den CO₂ Ausstoss nachvollziehen und grundsätzlich auch unterstützen.

Umweltschutz beginnt bei jeder und jedem von uns selber. Ich fand die Demos der Jugendlichen gegen die Klimaerwärmung, die viele wachgerüttelt haben, sehr sympathisch. Schade ist nur, dass, wenn man dort nachfragt, die meisten auf nichts verzichten wollen und sogar der Meinung sind, dass ja die Politik dafür verantwortlich ist.

Die Fraktion CVP hat sich aber eine Frage gestellt. Wieso soll dieser Vorstoss dringlich sein? Gibt es wirklich diesen Notstand, dass unser Wettingen in den nächsten Wochen gefährdet ist? Eine Überschwemmung durch den Dorfbach? Man erinnert sich vielleicht noch an die Erzählungen unserer Eltern aus den 50er Jahren in Wettingen. Etwas als dringlich zu erklären, erfordert eine sachliche Begründung und nicht eine ideologische oder emotionale. Sollten wir diesem Vorstoss diese Dringlichkeit gewähren, müssten wir fast darüber nachdenken, ob das Wettiger Fäscht am 6. und 7. Juli überhaupt stattfinden darf. Wären wir, der gesamte Einwohner- und Gemeinderat, bereit, bis Ende Jahr weder privat noch geschäftlich einen Flug zu buchen? Sicherlich gäbe es in dieser Situation einen Gewinner. Die lokale Landwirtschaft würde es gut finden, wenn wir ab sofort nur noch bei ihnen Obst, Gemüse und Wein einkaufen würden.

Aus Sicht der CVP besteht für dieses Anliegen keine Dringlichkeit und wir werden dieser Forderung nicht zustimmen. Lieber wäre uns beispielsweise ein Workshop oder sogar eine dedizierte Einwohnerratssitzung, in der wir gemeinsam mögliche Massnahmen zur CO₂ Reduktion diskutieren könnten. Das würde allen Parteien genügend Zeit einräumen, sich auf diesen Vorstoss vorzubereiten und Massnahmen zu überlegen, was bei der Annahme der Dringlichkeit heute Abend nicht möglich wäre. Wir müssten jetzt sofort darüber diskutieren.

Fischer-Lamprecht Lutz: Sowohl der Begriff "Klimanotstand" wie auch die Dringlichkeit des Postulats klingen sehr nach Symbolpolitik. Und Symbolpolitik steht aus unserer Sicht häufig der Realität im Wege und wird von der Fraktion EVP/Forum 5430 ungern unterstützt. Andererseits tragen Symbole aber eine Bedeutung und wenn es ums Klima geht, dann gilt es, Farbe zu bekennen. Ist der Klimawandel zumindest grösstenteils von Menschen gemacht oder nicht? Müssen wir entschlossen handeln? Hat es einen Einfluss, eine Bedeutung, ob die kleine Schweiz und das noch kleinere Wettingen oder Menschen wie Sie und ich, uns einschränken, auf etwas verzichten, den Ressourcenverbrauch reduzieren? Für uns ist es klar: Ja, es hat einen Einfluss. Denn wie der Volksmund schon sagt, Kleinvieh macht auch Mist. Als Fraktion haben wir uns immer konsequent für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen eingesetzt und werden das auch weiterhin tun. Dazu gehört auch der Klimaschutz. Ökologie muss mindestens so hoch gewichtet werden wie Ökonomie. Sonst zerstören wir unsere Lebensgrundla-

gen. Deshalb sind wir bereit, hier und heute auch Symbolpolitik zu betreiben und damit das Postulat und seine Dringlichkeit zu unterstützen, welches, wenn man eure konkreten Forderungen ansieht, nicht überrissen ist, sondern ganz konkrete und aus unserer Sicht sinnvolle Massnahmen fordert.

Hiller Yvonne: Selbstverständlich ist die GLP für dieses Postulat und nach unserem Erachten kommt das Infragestellen der Dringlichkeit bei all den wissenschaftlich vorliegenden Fakten nicht nur aus der ideologischen Ecke. Wir finden es gut, dass es offen formuliert ist und nicht um jeden Willen nach Investitionen verlangt. Es geht aus unserer Sicht darum, die Anreize richtig zu setzen. Wie beispielsweise, dass Privatpersonen, die sich bemühen, nicht noch diskriminiert werden und dass die Gemeinde bei Projekten wie dem Bahnhofareal von sich aus verlangt, dass nach bestmöglichen nachhaltigen Standards gestaltet wird. Das soll ein Eckpfeiler sein und nicht nur irgendwo im Kleingeschriebenen gefunden werden, wenn überhaupt.

Zwei weitere Beispiele. Wer über Photovoltaik überschüssig erzeugten Strom einspeist, bekommt einen Bruchteil des Geldes, das das EWW für produzierten Strom erhält. Ist dieser Strom weniger wert? Wo bleibt so der Anreiz für die Hauseigentümer, sich selber um solche Dinge zu kümmern? Auch wer eine Solaranlage installieren möchte, wird zuweilen aus ästhetischen Gründen massiv eingeschränkt, ohne aber ordentlich beraten zu werden. Solche Situationen müssen definitiv der Vergangenheit angehören. Wenn solche Ungleichheiten jetzt nicht spätestens mit diesem Postulat aus dem Weg geräumt werden, werden wir mit einzelnen Vorstössen nachhelfen. Die Fraktion GLP ist der Ansicht, dass die im Postulat verlangte Haltung seitens Gemeinde bereits heute schon selbstverständlich sein müsste und erwartet, dass hier endlich klar Stellung zu Gunsten der Umwelt bezogen wird und nicht, dass wir noch in einzelnen Punkten aufzeigen müssen, was gemacht werden könnte. Ich denke, da gibt es mehr als genügend Gemeinden, die Vorreiter sind.

Scherer Kleiner Leo: Wir sollten nun aus dieser Dringlichkeit nicht mehr machen als das sie ist. Eigentlich entscheiden wir darüber, ob wir heute auf die Forderungen eintreten und, ob sie angenommen oder verworfen werden oder ob wir das irgendwann tun. Das ist eigentlich alles, was wir heute mit der Dringlichkeit entscheiden würden. Mir scheint es schon wesentlich, dass wir es nicht weiter auf die lange Bank schieben, konkrete Massnahmen festzulegen, die weniger klimaschädlich sind und das möglichst ab sofort. Wir hatten Vorstösse, die ein, zwei Jahre in der Schublade lagen, bis sie uns dann wirklich unterbreitet wurden. Wir haben bis jetzt noch keine geltenden Behandlungsfristen. Wenn wir das Postulat heute nicht als dringlich erklären, haben wir den Zeitfaktor nicht mehr in der Hand, was ich sehr bedauern würde. Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen dazu ein, dafür zu sorgen, dass wir heute die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreichen.

Abstimmung

Die Dringlichkeit des Postulats Burger Alain, SP, Camponovo Christa, SP, Dzung Dacfe, WettiGrünen, Knaup Adrian, SP, Oberholzer Christian, SP, Scherer Leo, WettiGrünen, Schmidmeister Lea, SP, und Urfer Katharina, SP, vom 7. Mai 2019 betreffend Ausruf des Klimanotstands wird mit 20 Ja- : 28 Nein-Stimmen abgelehnt.

3 Rechenschaftsbericht 2018 der Einwohnergemeinde Wettingen (2018-1878)

Fischer-Lamprecht Lutz, Präsident Geschäftsprüfungskommission: Uns liegt der Rechenschaftsbericht der Einwohnergemeinde Wettingen in diesem Jahr einen Monat früher als gewohnt und in einer gestraffteren Form, wie es in diesem Rat immer wieder mal gefordert wurde, vor. Trotz der Beschränkung des Umfangs ist er ausführlich und informativ. Ich danke Barbara Wiedmer und ihrem Team, das den einen oder anderen Widerstand überwinden musste, um den Bericht auf das Wesentliche zu beschränken. Der Dank gilt aber auch all denen, die gearbeitet haben, sodass es auch etwas zu berichten gab.

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat den Rechenschaftsbericht anlässlich der Sitzung vom 8. April 2019 geprüft. Die Mitglieder der GPK haben im Vorfeld bei den Ressortvorstehern und Abteilungsleitern offenen Fragen geklärt und überall speditive und zufriedenstellende Antworten erhalten, sodass keine gemeinsame Sitzung mit dem Gemeinderat erforderlich war. Innerhalb der Ressorts kann jede und jeder von uns in der GPK selber Schwerpunkte setzen. Eine gemeinsame Schwerpunktprüfung hat die GPK dieses Mal beim Werkhof durchgeführt. Der Leiter, Rémy Monney, und die zuständige Gemeinderätin Kirsten Ernst haben alle unsere Fragen zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet. Da wir bei der Prüfung die Druckversion noch nicht vorliegen hatten, erlaube ich mir als Präsident eine kleine Anmerkung zu den Fotos. In der Printausgabe ist meiner Ansicht nach die Qualität der abgedruckten Fotos nicht befriedigend und zum Teil fehlen die Angaben darüber, was auf dem Bild zu sehen ist. Bildnachweise habe ich auch nicht gefunden. Der positive Gesamteindruck und der Dank bleiben selbstverständlich.

Die GPK beantragt einstimmig, bei sieben Anwesenden, den Rechenschaftsbericht zu genehmigen.

Benz Andreas: Der Rechenschaftsbericht 2018 hat wiederum eine Diät durchgemacht. Es kann vorkommen, dass der eine seine Lieblingstabelle, der andere seine Lieblingsseite, nicht mehr findet. Alles im allem ist es aber nach wie vor unser Nachschlagewerk der Erinnerungen und soll helfen, dass nichts vergessen geht. Für die Erarbeitung dieses wichtigen und interessanten Nachschlagewerks möchten wir von der Fraktion CVP uns bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken. In der Detailprüfung wird sich die Fraktion CVP punktuell äussern.

Schmidmeister Lea: Die Lage der Gemeinde wird einmal mehr im ausführlichen Rechenschaftsbericht dargestellt. Die grosse Angebotsvielfalt und die innovativen Projekte im Bereich Kulturförderung, Gemeindebibliothek und Jugend sind der Fraktion besonders positiv aufgefallen. Die Verantwortlichen lassen auch in Wettingen mit wenig finanziellen Mitteln einen Leuchtturm der Kultur strahlen.

Bevor wir in die Beratung gehen, möchte ich noch kurz den Protokollauszug vom 23. Juni 2016 und vom 21. Juni 2018 erwähnen. "Wir wünschen uns, dass der nächste Rechenschaftsbericht in einem ordentlichen PDF-Format mit einem verlinkten Inhaltsverzeichnis vorliegt." Ist denn das so schwierig? Toll wäre auch, wenn ab Seite 117 die Texte gerade in der Landschaft stehen würden. Quer liest es sich einfach schwer, vor allem in Hinblick auf die Umstellung auf eine papierlose Politik. Selbstverständlich nehmen wir den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis.

Gähler Judith: Der Rechenschaftsbericht 2018 kommt um einiges schlanker daher, hat aber unserer Meinung nach nicht an seinem hohen Informationsgehalt verloren. In meinem letztjährigen Votum regte ich an, für den Rechenschaftsbericht 2018 Mut zu haben und Neues zu wagen. Es freut mich, dass wir jetzt mit einem dünneren aber

nicht weniger informativen Papier beliefert wurden. Somit haben sich alle die Voten im Rat, die sich in den letzten Jahren für eine Verschlinkung ausgesprochen haben, gelohnt - getreu dem Motto "steter Tropfen höhlt den Stein". Das Verschriftlichen und Komprimieren dieser zahlreichen, vielseitigen und tollen Aktivitäten, die hier in Wettingen stattgefunden haben, erfordert viel Aufwand. Für diese Arbeit bedanke ich mich im Namen der Fraktion FDP bei allen Beteiligten herzlich.

Ernst Manuela: Die Fraktion GLP bedankt sich für die Erarbeitung und Prüfung des Rechenschaftsberichts. Er ist ein praktisches, interessantes Nachschlagewerk und beinhaltet trotz der Kürzung die wichtigen Informationen. Interessant vor allem dann, wenn man die Berichte mit den Vorjahren vergleicht und so Fragen aufkommen oder aber wenn man Zeitungsartikel wie jener aus dem Badener Tagblatt vom 7. Mai 2019 liest und dann nochmals ein bisschen zu graben anfängt. 22 Austritte bei 31 Angestellten in den letzten fünf Jahren? Ich habe nun nachgezählt und festgestellt, dass die meisten Austritte wohl in den Jahren 2017 und 2018 geschehen sind. Leider sind jene des Jahres 2018 nicht nachvollziehbar, weil sie der Kürzung zum Opfer gefallen sind. Hier auch bereits mein erster Wunsch: Künftig soll doch bitte die Anzahl Ein- und Austritte wieder nach Aufgabenbereich aufgelistet werden aber auf Namen und Datum kann man gerne weiterhin verzichten. So können in Sachen Personalpolitik Probleme konkreter eruiert werden.

Allgemein wäre es wünschenswert, wenn der Gemeinderat aus dem Rechenschaftsbericht selbstkritisch Schlüsse zieht und dem Einwohnerrat präsentiert, was er künftig im eigenen Ressort zu verbessern gedenkt, weil gemäss Rechenschaftsbericht wirkt für den Einwohnerrat alles in bester Ordnung.

Und wenn wir schon von bester Ordnung sprechen: Vor einem Jahr hat die GPK die Repol durchleuchtet. Alles schien tatsächlich in bester Ordnung. Der Zeitungsbericht attestiert der Repol nun aber ein anderes Zeugnis. Würde man die GPK stärken und ihr mehr Kompetenzen zugestehen, sie gar als Anlaufstelle für Unzufriedenheit und Unstimmigkeit proklamieren, denen sie sich annehmen kann, so hätte die Gemeinde auch weniger Ärger mit solchen Zeitungsartikeln. Die Fraktion GLP empfiehlt den Bericht zur Genehmigung. Besten Dank.

Reinert Marie Louise: Die Fraktion EVP/Forum5430 bedankt sich für den gestrafften, gekürzten und gelungenen Rechenschaftsbericht. Noch grösser ist unser Dank für die hier drin dokumentierte Arbeit. Diese ist besser als dargestellt. Ich erkläre das. Erstens ist die Redaktion konzise und lässt Vieles weg. Zum Beispiel die Begriffe "Biodiversität" und "naturnahe Gestaltung" beim Kapitel Werkhof. Er tut dies nämlich und aus Gründen der Werbung bzw. Öffentlichkeitswirkung wären es diese Arbeiten wert gewesen, erwähnt zu werden.

Der zweite Grund, weshalb ich der Meinung bin, dass sie es noch besser als beschrieben machen: Einsparungen seien vor allem beim Personal erzielt worden, heisst es auf Seite 95. Mir fehlte etwas. Das Kapitel regionale Körperschaften habe ich immer mit grosser Neugierde gelesen. Der Einblick in eine Institution zu erhalten, die ja nicht so demokratienah ist, sondern etwas weiter weg, fand ich gut und es wurde ihr damit auch ein grösseres Gewicht gegeben.

Es gibt auch Aussagen, die einer grösseren Interpretation bedürfen, fast wie ein delphisches Orakel. Zum Beispiel Seite 79: "Die Tatsache, dass freiwillige Einkommens- und Lohnverwaltung nicht als Leistung der öffentlichen Hand vorgesehen ist, im Gegensatz zum Kanton Zürich, der das so vorsieht". Das stand letztes Jahr drin und dieses Jahr wieder. Es nimmt mich dann wunder, was das bedeutet. Soll man das einsparen oder ist es besonders rühmend, dass man das in Wettingen trotzdem anbietet?

Huser Michaela: Die Fraktion SVP hat sich auch dieses Jahr sehr ausführlich mit dem Rechenschaftsbericht beschäftigt und bedankt sich bei allen Mitwirkenden der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Sehr erfreulich haben auch wir festgestellt, dass der Bericht dieses Jahr einiges weniger umfangreich daher kommt, was wir selbstverständlich positiv zur Kenntnis genommen haben. Langsam gehöre ich in diesem Saal ja schon zur dienstälteren Hälfte des Einwohnerrats und so ist mir in diesem Rechenschaftsbericht Einiges als "copy-paste" vorgekommen. Unsere Fraktion hat sich zudem gefragt, was das Ziel des Rechenschaftsberichts ist, wer als Zielpublikum dieses Berichts angesehen wird und wie sich das Kosten/Nutzenverhältnis zusammensetzt. Ganz generell: Ist unser Rechenschaftsbericht noch zeitgemäss? Es ist nicht so, dass wir die Inhalte des Rechenschaftsberichts nicht interessant finden oder wir erwarten, dass sie jedes Jahr um 180 Grad ändern müssen. Wir regen einfach an, sich im Grundsatz Gedanken zu machen, was wir mit dem Rechenschaftsbericht erreichen wollen und welche Prioritäten wir damit setzen möchten. Anscheinend, das fiel auch uns auf, hat sich der Gemeinderat bereits Gedanken darüber gemacht und in diesem Zusammenhang die Übersicht betreffend Ein- und Austritte des Personals gestrichen. Wir haben nachgefragt. Die Erklärung für diese Streichung ist, dass wir ja immer angeregt haben, der Rechenschaftsbericht müsse kürzer werden. Geschätzte Gemeinderäte, das verstehen wir nun nicht ganz. Der Gemeinderat ist sich ja sicherlich bewusst, dass diese Übersicht einen guten Eindruck der Fluktuation und somit auch das Funktionieren der verschiedenen Abteilungen aufgezeigt hat. Es ist einmal mehr nicht vertrauensfördernd, diese Übersicht einfach so verschwinden zu lassen. Auf der anderen Seite haben wir festgestellt, dass sich unser Pilz-Bild in Kapitel 4, Gesundheit, jetzt bereits zum dritten Mal im Rechenschaftsbericht befindet, nachdem wir es dort schon 2016 und 2017 vorgefunden haben. Da fragt sich die Fraktion SVP schon, ob die Prioritäten richtig gesetzt werden. Wäre es nicht sinnvoller, wiederkehrende Inhalte und Projekte, beispielsweise aus Schule und Kultur, auf der Homepage zu präsentieren? Da würde sie der interessierte Leser auch viel eher finden. Es würde uns freuen, wenn man sich Gedanken darüber machen würde.

Und zum Abschluss noch einen Satz zu LOVA 2. Im Rechenschaftsbericht wird ersichtlich, dass die identifizierten Massnahmen im Rahmen dieser leistungsorientierten Verwaltungsanalyse durchaus zu einem gesunden Haushalt beitragen würden, wenn wir sie auch konsequent umsetzen würden. Es würde uns interessieren, wieso wir das nicht tun. Selbstverständlich nehmen auch wir den Rechenschaftsbericht zur Kenntnis.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Vorab danke ich ganz herzlich für die doch mehrheitlich gute Aufnahme unseres neuen Produkts, über dessen neue Präsentation wir uns durchaus ein paar Gedanken gemacht haben. Ihre Hinweise und Verbesserungspunkte nehmen wir gerne auf und werden sie entsprechend einfließen lassen. Der Rechenschaftsbericht hat die Aufgabe, dass wir über das, was wir letztes Jahr getan haben und uns wichtig erschien, Rechenschaft abgeben. Wir konnten es in etwas komprimierterer Form ausführen. Wir waren gefordert und nahmen gerne wieder einmal etwas Neues an die Hand. Dies ist nun das Resultat.

Im Zusammenhang mit der Rechnungsprüfung durch die Finanzkommission haben wir die Personalfuktuation besprochen. Danach legten wir offen, in welcher Form sich letztes Jahr unsere Fluktuation auch auf Abteilungsebene abspielte. In diesem Sinn ist diese Frage beantwortet. Sie befindet sich nun einfach nicht mehr im Rechenschaftsbericht. Das ist die Haltung des Gemeinderats. Selbstverständlich werden wir, wenn das Ihr grosser Wunsch ist, wieder eine solche Tabelle oder Information einfügen.

Detailberatung

Huser Michaela: Bei den Legislaturzielen heisst es, dass es ein regelmässiges Reporting und Controlling gibt und dem Einwohnerrat einmal jährlich im Rahmen des Rechenschaftsberichts über den Fortschritt Bericht erstattet wird. Wir möchten uns erkundigen, ob das mit dem nächsten Rechenschaftsbericht erfolgen wird.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Selbstverständlich haben wir das bereits eingeführt. So werden Sie nächstes Jahr im Rechenschaftsbericht Antworten vorfinden, wo wir in der Bearbeitung stehen.

Michel Roland: Seite 14, Vorstösse: Die Fraktion CVP ist nicht damit einverstanden, dass das Postulat 2017-0683 betreffend eMobilität abgeschrieben werden kann. Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass eine Prüfung erfolgt ist oder wieso der Gemeinderat beschlossen hat, das Postulat ohne Bericht oder Resultat einfach so abzuschreiben. In Wettingen sehen wir keine Ladestationen auf öffentlichem Grund. Auch hier beim Rathaus nicht und es ist uns nicht bekannt, dass es einen Plan dafür gäbe, an mehreren Orten Platz für Interessierte zur Verfügung zu stellen. Das wäre eigentlich der Inhalt des Postulats gewesen.

Zur Erinnerung würde ich gerne zwei Sachen aus dem Protokoll der Einwohnerratssitzung vom Juni letzten Jahres zitieren. Als erstes zitiere ich Gemeinderat Martin Egloff: "Wenn der Einwohnerrat die Eingabe als Postulat entgegennimmt, wird es zum Prüfauftrag. Dann kann der Gemeinderat entscheiden, in welche Richtung es gehen soll". Wo befindet sich der Bericht und in welche Richtung geht er? Nun das Zitat von Leo Scherer: "Der Gemeinderat wird mit einem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat gelangen, in dem er sein Vorhaben festhalten wird". Bis heute gibt es aus unserer Sicht weder einen Bericht noch einen Antrag.

Die Fraktion CVP möchte, dass das Postulat aus diesem Grund stehen gelassen wird. Bitte unterstützen Sie uns darin, dass der Gemeinderat unseren gemeinsamen Auftrag ernst nimmt und uns Bericht erstattet.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Verstehe ich es richtig, dass es sich hier um einen formellen Antrag handelt?

Michel Roland: Ja, es ist ein Antrag, das Postulat weiterhin stehen zu lassen.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Gemeinderat verschliesst sich nicht vor diesem Antrag, lässt das Postulat stehen und wird Antrag und Bericht erstatten. Wir haben diverse dieser Themen bearbeitet. Ich erinnere daran, dass wir im Tägi eine solche Tankstelle haben werden. Bei der RVBW wissen wir von einem Baugesuch für eine Ladestation für Busse, welches wir massiv und intensiv unterstützten. Wir können das gerne auch noch in einem Bericht festhalten.

Benz Andreas: Ich halte mein Votum zum Postulat 2017-0920 auf Seite 15. Das von Christian Wassmer und mir am 7. September 2017 eingereichte Postulat soll abgeschrieben werden. Das ist aus unserer Sicht nicht die Art und Weise, wie in guter Ordnung mit einem Postulat, welches vom Gesamteinwohnerrat überwiesen wurde, umgegangen werden soll. Eine knappe Begründung mit einer reinen Absichtserklärung ist schon etwas dürrftig. Ich verweise darauf, dass dieses Postulat der erste parlamentarische Wille ausdrückt, der sich unter anderem direkt an die neue Tägi AG richtet. In unserem Vorstoss wird verlangt, dass der Gemeinderat aufzeigen soll, wie sich die Investitions- und Betriebskosten zusammensetzen. Das ist aus der 20 Wörter umfassenden Abschreibung nicht ersichtlich. Wir alle hier wissen, dass das Tägi momentan grössere

Probleme als ein Beleuchtungskonzept hat. Wir haben auch genügend Verständnis dafür, dass unser Postulat nicht sofort umgesetzt wird. Jedoch verlangen wir, dass die formelle Richtigkeit beibehalten wird. Aus unserer Sicht darf das Postulat noch einige Runden im Nachschlagewerk der Erinnerungen drehen. Darum stellen wir einen Antrag auf Nichtabschreibung des Postulats 2017-0920.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich möchte in Erinnerung rufen, dass ich damals, als das Postulat zu überweisen war, erklärt habe, dass es der Gemeinderat der Tägi AG weiterleiten wird. Das haben wir entsprechend getan. Aus naheliegenden Gründen werden wir es nicht sofort umsetzen können. Wir werden es, wie übrigens alle anderen Anlageteile, die im Tägi in Zukunft bearbeitet und in Stand gehalten werden, in ein sogenanntes Instandhaltungskonzept überführen und zu gegebenem Zeitpunkt, nachdem das Tägi in Betrieb ist, man in der Sporthalle die entsprechenden Anpassungen vornimmt und diese Instandhaltungsarbeiten anstehen, die verbesserte Beleuchtung im Rahmen der normalen Instandhaltungsarbeiten umsetzen können. Das war der Grund, weshalb wir es abgeschrieben und in die Pendenzenliste der Tägi AG übertragen haben. Wenn Sie das Postulat stehen lassen möchten, wehren wir uns nicht dagegen.

Scherer Kleiner Leo: Ich habe weder bei diesem, noch beim vorangegangenen Postulat die konkreten Forderungen genau in Erinnerung, aber wir hätten diese Probleme nicht, wenn tatsächlich ordnungsgemäss vorgegangen würde. Wenn der Gemeinderat uns bei der Erstbehandlung eines Postulats erklärt, in welchem Rahmen er es auffasst und gedenkt damit umzugehen, ist das schön und gut. Es steht ja dann auch im Einwohnerratsprotokoll, aber das entbindet ihn nicht davon, irgendwann Bericht und Antrag zu stellen. Und dieser Antrag kann auch lauten, "das Postulat ist nicht erfüllbar" oder "das Postulat wird zu 15 % erfüllt" oder "wird in diesem Teil erfüllt, im anderen aber nicht" und erst dann wird verbindlich beschlossen. Mit dieser Situation, die wir haben, in der Postulate eben nicht endbearbeitet sind, haben wir so quasi irgendwo ewige, unbestimmte, unfassbare Forderungen auf der Liste. Ich frage mich schon, wem das nützen soll. Das ist einfach keine gute Geschäftsführung.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 43 Ja- : 2 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Postulat Wassmer Christian, CVP, und Benz Andreas, CVP, vom 7. September 2017 betreffend Sportler ins rechte Licht gerückt (2017-0920), wird nicht abgeschrieben.

Scherer Sylvia: Auf Seite 58 finden wir die Informationen zum Deutsch für Mütter-Kurs. Leider mussten wir lesen, dass nur gerade 48 Frauen diesen Deutschkurs besucht haben. Sehr schade. Diese so kleine Zahl von Müttern, die interessiert sind, Deutsch zu lernen und so ihre Kinder und Familien im alltäglichen Leben unterstützen zu können, ist schon sehr bedauerlich. Für eine rasche und bessere Integration ist es von enormem Vorteil, die Landessprache zu beherrschen. Auch könnte man langfristig die stetig steigenden Kosten für die Übersetzer in Kindergärten, Schulen und Behördengängen reduzieren, wenn dieses Angebot für Deutschkurse mehr genutzt würde. Darum würden wir uns sehr freuen, wenn wir nächstes Jahr von einer viel höheren Zahl lesen dürften.

Reinert Marie Louise: Erfreut habe ich auf Seite 72 gelesen "es fanden Sitzungen zum Thema Skater-Park statt". Ich glaube, es ist ein paar Jahre her, dass wir dieses Wort hier im Saal das letzte Mal benutzt haben.

Scherer Sylvia: Auf Seite 68 durften wir mit sehr grosser Freude lesen, dass das Gluri Suter Huus mehr als doppelt so viele Besucher begrüssen durfte als letztes Jahr. An dieser Stelle möchten wir Rudolf Velhagen, dem ressortverantwortlichen Gemeinderat Philipp Rey und der ganzen Kulturkommission herzlich danken.

Gähler Judith: Die Fraktion FDP freut sich darüber, dass sich die personellen Investitionen auszahlen in den Sozialen Diensten und die Erwartungen erfüllt werden können. So konnten gemäss dem Bericht ein grosser Anteil der externen Mandate zurückgeholt werden. Es scheint, dass die personellen Wechsel im Sozialbereich Früchte tragen.

Reinert Marie Louise: Vorher habe ich vom delphischen Orakel gesprochen. Das ist auf Seite 79. Es steht eben wieder genau gleich wie letztes Jahr und ich habe mich damals schon gefragt, ob das ein Hinweis ans Parlament ist, dort etwas sparen zu können oder ein Lob für die Leute von Wettingen, dass sie es trotzdem tun, nämlich die Anzahl freiwillige Einkommensverwaltungen für Leute, die mit dem Geld nicht sehr gut umgehen können. Ich möchte wissen, wieso es hier zum zweiten Mal steht. Es muss etwas Wichtiges sein.

Haas Markus, Gemeinderat: Ja, das ist ein freiwilliger Dienst, den die Sozialen Dienste trotz der knappen Personalabdeckung leisten.

Huser Michaela: Auf Seite 99 wird aufgeführt, wieso ein gewisser Mehraufwand zu Stande kamen. Dort heisst es unter anderem "aufgrund von Mehraufwänden bei der Spitex". Hier haben wir uns gefragt, wieso die Motion der Finanzkommission betreffend Spitexleistungsvereinbarung, die am 19. Oktober 2017 eingereicht wurde, nicht endlich in Angriff genommen wird. Im Kapitel 0 heisst es, dass sie sich in Vorbereitung befindet. Wann darf man erwarten, dass man sie angeht bzw. umsetzt?

Haas Markus, Gemeinderat: Die Motion ist in Bearbeitung. Termin der Kündigung ist immer Ende Jahr auf ein Jahr. Sie muss also dieses Jahr noch beantwortet werden.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rechenschaftsbericht wird genehmigt.

4 Verwaltungsrechnung; Rechnungsabschluss 2018 der Einwohnergemeinde (2018-1879)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Zur Beurteilung dieser Rechnung wurden wir im Vorfeld gut dokumentiert. Uns liegen die Erläuterungen des Gemeinderats, die detaillierte Rechnung und der Anhang zur Jahresrechnung vor. Weiter haben wir den Antrag der Finanzkommission. Keiner der Fraktionen bestreitet das Eintreten auf dieses Geschäft.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Gerne informiere ich Sie über die Prüfung der Jahresrechnung 2018 durch die Finanzkommission. Meine Ausführungen gliedern sich wie folgt:

1. Informationen zum Prüfungsablauf
2. Generelle Feststellungen zur Jahresrechnung
3. Ausgewählte Feststellungen zur Jahresrechnung
4. Feststellungen der Vertiefungsprüfung «Internes Kontrollsystem IKS»
5. Antrag der Finanzkommission an den Einwohnerrat

Auch wir erhielten die Gelegenheit, die Rechnung einen Monat früher zu prüfen. Das schätzen wir sehr, insbesondere deshalb, weil die Erkenntnisse dieser Prüfung ja ins Budgetieren einfließen sollten. Das ist auch die Erwartung der Finanzkommission, dass das nahtlos übergeht.

Die BDO AG hat zudem die Jahresrechnung der Sozialen Dienste und die Buchhaltung in diesem Bereich geprüft. Sie machte keine speziell nennenswerten Feststellungen.

Sämtliche Auskunftspersonen waren sehr offen. Wunderbar, dass die Bücher so offengelegt werden. Wir erhielten Einblick ins Buchungssystem, durften Belege prüfen. Eine Tiefe, die nicht selbstverständlich ist. Jeder unserer Prüfer durfte bei den Finanzen vor Ort einen halben Nachmittag Belege prüfen. Wir durften unsere Fragen schriftlich beim Gemeinderat stellen und es wurde alles beantwortet. Nichts blieb offen. Die Diskussion war heftig und intensiv, aber gut konstruktiv. Besten Dank für diesen Austausch.

Zu den generellen Feststellungen: Die Finanzkommission nimmt den positiven Jahresabschluss 2018 wohlwollend zur Kenntnis. Wohlwollend ist aber nicht jubelnd. Wir waren etwas kritisch, ob das mit dem Jahresabschluss gut rauskommt. Sie erinnern sich: Im Herbst wurde das neue Budgetierungskonzept eingeführt mit der Vorgabe, eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen. Zum ersten Mal wurde vom Gemeinderat bei der Budgetierung auch ein Top Down Referenzwert vorgegeben. Das ist ein ganz neues Konzept von Budgetierung und es freut mich, dass das geklappt hat. Ich hoffe, es handelt sich nicht um einen Zufall, sondern ist gesteuert. Ich persönlich erhielt den Eindruck, dass der Gemeinderat hier eine neue Form von Budget- und Rechnungssteuerung in die Hand nahm. Das operative Ergebnis, ohne Eigenwirtschaftsbetrieb, ist nun 1,6 Mio. Franken. Gleichzeitig müssen wir aber darauf hinweisen, dass im Rechnungsabschluss auch eine gehörige Portion Glück im Unglück enthalten ist. Wie ist das zu verstehen? Es gab verschiedenste happige Mehraufwendungen. Diese waren zum Teil nicht beeinflussbar und dort befinden sich Posten, bei denen wir bemängeln, dass sich die Budgetqualität noch nicht auf dem von uns erwarteten Niveau befindet. Zum Beispiel 0,8 Mio. Franken mehr bei der Pflegefinanzierung, Sozialhilfe 0,2 Mio. Franken mehr. Wir forderten schon vor mehreren Jahren, dass der Gemeinderat genau in diesem Bereich die Entwicklung antizipieren soll. Antizipieren heisst, aus den eigenen Zahlen lernen und sich nicht auf die statistischen Daten von Aarau abstützen. Offensichtlich ist Aarau etwas weiter weg von Wettingen. Wir haben eigene Zahlen, eigene Reihen. Das sind 1 Mio. Franken mehr, die nicht budgetiert wurden, die Finanzkommission aber schon voraussagte "wenn man die Zahlen ansieht, müssten sie kommen".

Sie kennen den Spruch: "Seid froh, es könnte schlimmer kommen. Wir waren froh und es kam schlimmer." Genauso ist es. Das Unglück ging weiter. Mit dem Bundesgerichtsentscheid über die Mittel und Gegenstände der Spitäler (MIGEL), 0,2 Mio. Franken. Da können sie nichts dafür, das müssen wir übernehmen. Verlustscheine der Krankenkasse 0,4 Mio. Franken. Auch diese Posten sind nicht beeinflussbar. Wir hatten aber auch Glück. Glück heisst, nicht beeinflussbar. Zum Glück gab es neben den Mehraufwendungen auch Mehrerträge. Schön, dass wir Nach- und Strafsteuern von 1 Mio. Franken erhielten. Ich denke nicht, dass wir künftig mit dieser Million mehr budgetieren dürfen. Grundstückgewinnsteuern von 0,5 Mio. Franken, Erbschaft- und Schenkungssteuern 0,3 Mio. Franken. Auch das ist nicht etwas, dass stetig immer wieder passiert. Das sind meiner Meinung nach Einzelfälle. Steuererträge generell sind momentan etwas sehr Positives. Wir haben 2,9 Mio. Franken hohe Steuererträge. Dies aber unerwartet, ist zu betonen. Sie hörten die Abschlüsse des Kantons und des Bundes. Alle zusammen waren positiv überrascht, dass es so ist. Die Finanzkommission geht nicht davon aus, dass das in Zukunft so weiter geht. Auch die Steuerexperten in Aarau sagen, dass sich das nach ein, zwei Jahren wieder normalisieren wird. Wägen

wir uns also nicht in einer falschen Sicherheit. Wir hatten Glück und danken der Postauto AG, dass sie uns von dem, was sie uns davor weggenommen hat etwas zurückbezahlt hat. Und vom Kanton gab es noch Lärmschutzsanierungsbeiträge. Alles in allem Glück im Unglück. Aber trotzdem herzlichen Dank an den Gemeinderat und die Verwaltung. Die Anstrengungen waren gross. Wir haben das gesehen. Auf allen Ebenen wurde das verstanden und das neue Konzept angewendet. Zählen wir alles zusammen, muss man aber sagen, eigentlich handelt es sich um eine schwarze Null. Und das ist kein Grund zum Jubeln, sondern einer zum Aufpassen. Wir müssen dran bleiben. Ich rufe alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte dazu auf, bleibt bei unserer Linie und bewilligt nicht wie letztes Jahr mehr als der Gemeinderat beantragt. Im Herbst werden wir wieder Budgetdiskussionen haben. Wir haben es in der Hand. Das war nicht der Fehler des Gemeinderats.

Es gibt noch einen weiteren Punkt zum Dranbleiben und das ist unsere Verschuldung. Wir haben unterdessen Nettoinvestitionen in der Höhe von 20 Mio. Franken. Einen Selbstfinanzierungsgrad von sage und schreibe sehr tiefem Niveau von 33 %. Dieser muss nach wie vor als sehr schlecht beurteilt werden. Zusammenfassend kam die Finanzkommission, wie auch die BDO AG zur Auffassung, dass die Jahresrechnung den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Ich erlaube mir, noch zwei, drei ausgewählte Punkte aus der Jahresrechnung aufzunehmen.

Abstimmung der Reglemente: Bereits vor einem Jahr stand ich hier und erklärte, dass die Finanzkommission wünscht, dass man das Reglement der Sozialkommission bei den Entschädigungen dem Reglement des Gemeinderats anpasst. Man hat das damals beschlossen und wollte es in die Rechnung 2017 aufnehmen. Wir haben bei der Prüfung festgestellt, dass das nicht umgesetzt wurde. Ich nehme das Votum von Leo Scherer auf. *Für mich ist nicht nachvollziehbar, wie man das wirklich prüfen kann, wenn man eine Geschäftsplanungssoftware hat. (?)* Es gehört einfach dazu, dass man solche Sachen nicht vergisst. Wir fordern also dazu auf, eine ordentliche Geschäftskontrolle einzuführen, dass solche Pendenzen nicht vergessen oder ignoriert werden.

Schulsekretariat: Die Finanzkommission hat festgestellt, dass es im Bereich Schulsekretariate eine Aufwandsteigerung beim temporären Personal gab. Sie können sich erinnern, dass wir im letzten Herbst über das Thema der Schulsozialarbeit abgestimmt haben und dort einer Aufstockung zustimmten, obwohl die Finanzkommission erklärte, man müsste eigentlich bei den Schulsekretariaten aufstocken. Was ist jetzt passiert? Wir haben ein Eigentor. Wir haben zwei Kostensteigerungen. Wir haben bei der Schulsozialarbeit aufgestockt und in den Sekretariaten noch temporäres Personal bezahlt. Auch hier einmal mehr einen Aufruf an den Einwohnerrat: Schauen wir genau hin und entscheiden richtig.

Zum baulichen Unterhalt der Gebäude: Die Finanzkommission durfte bereits im März im Vorfeld des Budgets einen Rundgang durch die Schulgebäude von Wettingen machen. Ihr wisst vielleicht, dass ich einen Job habe, in dem ich mich seit 20 Jahren mit Gebäuden und Immobilien sowie deren Zustand auseinandersetze. Ich bin echt erschrocken. Ich bin zwar Bauingenieur und auch im Tiefbau zu Hause und weiss, dass wir im Tiefbau gut unterwegs sind. Aber beim Hochbau haben wir definitiv einen aufgestauten Unterhalt. Bei gewissen Schulbauten ist es schon fast peinlich. Ich bin froh, hat mein Sohn die Schulzeit bald beendet, denn was ich hier gesehen habe, müssen wir wirklich prüfen. Ich fordere den Gemeinderat dazu auf, eine Bestandesanalyse vorzulegen, Folgeschäden frühzeitig zu erkennen und vor allem Folgekosten zu verhindern.

Zum Gesundheits- und Sozialbereich: Ich habe es bereits erwähnt. Es gibt zurzeit keine Signale, dass sich demographisch irgendetwas verändern wird. Es gibt keine Signale der Rahmenbedingungen in diesen beiden Bereichen, in denen sich abzeichnen würde, dass man von einer linearen, also geraden Verstetigung, sprich keine Kosten-erhöhung, ausgehen darf. Wir müssen auch beim nächsten Budget wieder davon ausgehen, dass es nach wie vor hinauf geht. Wir fordern den Gemeinderat auf, diese Steigerung ins Budget aufzunehmen und nicht einfach das jetzige Niveau weiterzufahren. Das ist Selbstbetrug. Ziehen wir die Lehre daraus und budgetieren etwas forscher. Es ist eine Herausforderung, denn der Mehraufwand in diesem Bereich muss man gleichzeitig auf der Ertragsseite irgendwie wieder einpreisen.

Spitex: Vielen Dank für das vorangehende Votum zur Spitex. Auch wir haben festgestellt, dass der Gemeinderat im Frühjahr 2018 in Aussicht gestellt hat, dass im Herbst ein Vorgehensplan vorliegt. Aber es ist einfach nichts passiert. Es geht uns ja um den Steuerungsprozess und das Submissionsverfahren ist lediglich ein Instrument. Es geht uns gar nicht ums Submissionswesen. Es geht darum, dass wir in diesem Bereich von einer passiven Bezahler-Rolle in eine aktive Besteller-Rolle kommen. Es kann nicht sein, dass der Anbieter einerseits auf seiner Seite das Produkt definiert, quasi die Menüliste festlegt, und wir dann einfach bezahlen, was geliefert wird, ohne dass wir eine Bestellung abgeben. Es geht nicht um das Submissionsverfahren, vor dem offensichtlich alle Angst haben. Aber das Interessante ist, wenn man ein Submissionsverfahren machen will, muss man zuerst einen Leistungskatalog erstellen. Und dieser Leistungskatalog möchte ich gerne in diesem Rat diskutiert wissen. Dort können wir diskutieren, was freiwillig und was Pflicht ist. Wir können auch darüber reden, wie wir den Markt einschätzen. Darum geht es. Submissionsdekret ist ein zweiter Teil. Wir wünschen uns zudem, dass man die Fristigkeit auch in diesem Bereich nicht verpasst. Wenn Gemeinderat Markus Haas sagt, dass es immer Ende Jahr abläuft, heisst das nicht, dass man erst Ende Jahr beginnen muss. Diese Fristigkeiten können schnell in die eine oder andere Richtung kippen. Das Interessante ist, dass wir im Bereich Volkswirtschaft Weinbau feststellen durften, dass eine langfristige Lösung in Angriff genommen wurde. Man hat im Weinbau ein Submissionsverfahren eingeleitet. Wir wünschen uns, bei der Spitex dieselbe Dynamik an den Tag legen zu können wie beim Weinbau.

Sonderprüfung IKS: Die BDO AG hat das geprüft und stellte der Gemeinde Wettingen ein sehr gutes Zeugnis aus. Die BDO AG erachtet dieses System als gut und es ist für den Gemeinderat etwas, was nicht nur für's Buch gemacht ist. Der Gemeinderat setzt es im täglichen Geschäft ein und hat darauf ein Kontrollsystem aufgebaut, in dem er die Risiken auf der strategischen und der Managementebene operativ prüft. Hier möchte ich der Gemeinde, der Verwaltung und dem Gemeinderat gratulieren, dass man nach bald zwei Jahren auf diesem Niveau angekommen ist. Es gibt Verbesserungspotential, aber es sind zu viele Checklisten, Trimesterberichte und systematische Projektstatusberichte vorhanden. Ich denke, wir könnten dort je nach dem als Kommissionen Einblick erhalten. Das könnte ein Teil des Reportingsystems werden, das für uns als Einwohnerräte interessant ist. Das IKS ist nicht fertig. Es wird weiter entwickelt, mit Prozessen ergänzt und ist bereits jetzt sehr gut dokumentiert.

Ich komme zum Schluss: Der Gemeinderat hat uns offen und transparent dargelegt, was hinter der Rechnung steht. Dafür danken wir nochmals ganz speziell. Auch die konstruktiven Auseinandersetzungen und der gemeinsame Diskurs sind uns grosse Anliegen. Speziell möchten wir aber der Finanzabteilung, dessen Leiter Martin Frey und seinem Stellvertreter Georg Kummer danken. Wenn ihr das letzte Kapitel im Rechenschaftsbericht betrachtet, den Finanzteil: Das sucht seinesgleichen in anderen Gemeinden und zum Teil sogar auf Kantonsebene. Das ist eine sehr gute Leistung und ich freue mich jedes Mal, es zu lesen. Aber auch allen weiteren Beteiligten herzlichen

Dank für diese Arbeit, im Speziellen meinen Kolleginnen und Kollegen der Finanzkommission. Die Prüfungen sind sehr aufwendig. Man liest viel und geht vor Ort. Dass ihr euch diese Zeit nehmt, danach die Berichte verfasst und wir diese zusammen zu Händen des Einwohnerrats diskutieren - ganz herzlichen Dank dafür.

Die Finanzkommission beantragt dem Einwohnerrat, die Verwaltungsrechnung 2018 der Einwohnergemeinde Wettingen zu genehmigen. Dies einstimmig mit 6 Ja-Stimmen bei 6 Anwesenden.

Palit Orun: Auch die Fraktion GLP dankt Martin Frey und seinem Team für das Erstellen der Rechnung 2018. Wir haben gehört, dass ein Ertragsüberschuss von 3 Mio. Franken herauskam. Zieht man die Aufwertungsreserve ab, bleibt noch ein operatives Ergebnis von 1,6 Mio. Franken übrig. Wir erachten dieses Ergebnis aber aus folgenden vier Gründen nicht als rosig:

In der Rechnung 2018 ist beim Personalaufwand festgehalten, dass man zum Vorjahr 1,2 % gespart hat. Auch beim Personal des Tägis, das im 2017 noch mit 1,34 Mio. Franken angegeben wurde und dem Lohnkonto 3010 zugewiesen ist. Nach unserer Erkenntnis wurde niemandem gekündigt. Da läge doch der gesamte Personalaufwand eher bei 27,9 Mio. Franken. Das ist etwa 0,3 Mio. Franken höher als 2017. Unserer Meinung nach hat man beim Personal also nicht wirklich gespart.

Der zweite Grund sind Gebühren wie zum Beispiel Bussen, Abwasser, Betreibungen usw., die in Wettingen erhöht wurden. Auch hier nimmt der Gemeinderat eher den einfacheren Weg, Mehrerträge zu erzielen. Das heisst, man erhebt lieber indirekt die Steuern als den Hebel bei den Einsparungen anzusetzen.

Drittens: Der Steuerfussabtausch mit dem Kanton hat ja Wettingen nicht vollzogen. Also gibt es in Wettingen eigentlich eine indirekte Steuererhöhung von 3 %. Wettingen erhielt eigentlich ca. 1,5 Mio. Franken geschenkt.

Und der letzte Grund, wieso wir die Rechnung nicht rosig finden, hat der Präsident der Finanzkommission schon ausführlich erklärt. Diese Zusatzerträge bei den Steuern in Höhe von 1,8 Mio. Franken Nach- und Strafsteuern, Grundstückgewinnsteuer, Erbschaft-/Schenkungssteuer und auch die 0,3 Mio. Franken der Postauto AG bleiben wahrscheinlich einmalig. All diese Punkte trüben das operative Ergebnis erheblich.

Was ziehen wir aus der Rechnung 2018 für Schlussfolgerungen? Erste Schlussfolgerung: Der grosse Effort zum Sparen spürt man beim Gemeinderat unserer Meinung nach trotz der angespannten finanziellen Lage noch immer nicht so richtig. Der Gemeinderat delegiert das Sparen lieber dem Einwohnerrat und der Finanzkommission. Zweites Fazit: Der Gemeinderat macht noch keine Anzeichen, Überschüsse erzielen zu wollen, um endlich mit dem Schuldenabbau zu beginnen. Ausserdem sieht es auch so aus, als würde der Gemeinderat die Schulden lieber mit einer Steuerfusserhöhung tilgen und zwar ab 2021. Ob diese Steuerfusserhöhung dann wirklich auch für den Schuldenabbau verwendet wird, bezweifle ich sehr. Da kommen sicher wieder nicht beeinflussbare Kosten hinzu. Wir werden sehen, ob und wie weit die Wettinger Bevölkerung bereit ist, eine Steuerfusserhöhung zu akzeptieren, wenn man nicht wirklich spürt, dass der Gemeinderat Einsparungen gemacht hat und Projekte einiges mehr als erwartet kosten, wie zum Beispiel die 5 Mio. Franken Mehrkosten beim Tägi. Einige Gemeinden des Kantons Aargau lehnten Steuerfusserhöhungen ab. Bitte behaltet das im Hinterkopf. Dritte und letzte Schlussfolgerung: Wettingen hatte wirklich grosses Glück, dass die grossen Investitionen in einer Tiefzinsphase stattfanden. Ansonsten wäre der Steuerfuss bereits jetzt explodiert. Eine mögliche erste Zinserhöhung könnte

in Europa und der Schweiz Mitte 2020 erfolgen, wenn die Weltwirtschaft in der zweiten Hälfte 2019 wieder anzieht. Dann könnte die Zinsbelastung für Wettingen auch merklich ansteigen. Dann ist eine Steuerfusserhöhung wahrscheinlich unumgänglich. Die Fraktion GLP genehmigt die Rechnung 2018.

Bürgler Philipp: Wir von Fraktion FDP sind erfreut, dass der Rechnungsabschluss 2018 besser ausgefallen ist als budgetiert wurde. Das operative Ergebnis von 1,6 Mio. Franken lässt Hoffnung erwecken, dass die LOVA-Massnahmen teilweise die gewünschte Wirkung erzielen und die Verwaltung auf gutem Kurs ist. Es gilt aber zu bedenken, wie schon ein paar Mal erwähnt, dass das Ergebnis durch Sondereffekte erreicht wird, mit denen wir nicht jedes Jahr rechnen können. Die defensiv budgetierten Steuereinnahmen konnten auch in diesem Jahr wieder übertroffen werden. Allerdings befinden sich darin auch wieder Sondersteuern von rund 1,8 Mio. Franken, die wir ganz sicher nicht jedes Jahr erwarten können. Auf der anderen Seite sehen wir zum Beispiel ein Kostenwachstum im Ressort Gesundheit, fast 15 % gegenüber dem Vorjahr, bei dem in Zukunft wahrscheinlich eher steigende Kosten erwartet werden können. Diese können wir nicht direkt beeinflussen. Das gilt es in Erinnerung zu behalten.

Das positive Ergebnis ist erfreulich. Wir dürfen uns einfach nicht davon leiten lassen, jetzt zu glauben, dass sich die finanzielle Gesamtsituation der Gemeinde dadurch gebessert hat. Wettingen befindet sich in einer hochinvestiven Phase und die Schulden steigen weiter an. Jeder Überschuss muss unbedingt dem Schuldenabbau gewidmet werden. Die Kosten müssen unbedingt im Griff behalten werden.

Die Fraktion FDP wird der Verwaltungsrechnung 2018 zustimmen und bedankt sich bei den Mitarbeitern der Finanzverwaltung und den Mitarbeitern der Verwaltung allgemein herzlich für die geleistete Arbeit.

Scherer Kleiner Leo: Die Fraktion SP/WettiGrünen hat sich gefreut. Unter dem Strich 3 Mio. Franken Ertragsüberschuss zu haben, ist eigentlich eine schöne Sache, auch wenn Sonderfaktoren und weiteres darin enthalten sind. Das hat uns einfach nur gefreut. Wo wir hingegen etwas gemischte Gefühle haben, ist bei der Investitions- und Finanzierungsrechnung. Dort stimmt für uns erst die eine Seite, sprich die Investitionen, die Investitionstätigkeiten und -ausgaben. Dort hat man im Wesentlichen, mit leichten Abstrichen, das realisiert, was man budgetiert hat. Hingegen weist die Finanzierungsseite ein übles Loch auf. Es fehlen 11 Mio. Franken. Für uns ist deshalb klar und ich hoffe, Sie werden mit uns gemeinsam beim Gemeinderat etwas Druck machen, dass wir eigentlich schon jetzt auf das Budget 2020 vom Gemeinderat eine Steuerfusserhöhung in der Grössenordnung von 5 % vorgelegt erhalten sollten. Und zwar noch nicht, um Schulden abzubauen, sondern nur um das Ansteigen der Schulden, solange wir uns noch in diesen Grossinvestitionsjahren befinden, etwas zu dämpfen. Später kann man es dann für Schuldenabbau nutzen, aber wahrscheinlich erst in etwa drei bis fünf Jahren. Aus unserer Sicht hat es in unserem Gemeindehaushalt, da wir eh schon bei allem ziemlich knapp dran sind, einfach nicht die 11 oder wie viele Millionen Franken auch immer Luft, die man sich einfach so wegsparen könnte, wenn man sich um das Sparen bemühen würde. Es sei denn, wir fangen wirklich an, schmerzhaft Schnitte zu tätigen. Aber ich höre nie konkrete Sparforderungen im Sinne von "streicht dem Turnverein, FC und allen anderen Vereinen alle Beiträge" oder "hört endlich auf, überhaupt etwas für die Kultur zu tun" oder "sorgt dafür, dass in den Strassen die Schlaglöcher nicht mehr repariert werden". So etwas vernehme ich nie. Ich höre immer nur abstrakt, dass der Gemeinderat nicht spart. Wunder bewirken kann niemand. Wir sind schon eine Gemeinde, die wirklich ziemlich knapp kalkuliert und die sparabstrakten Phantasien sind für mich wirklich absolut realitätsfremd. Wenn die Schuldenzunahme und die Schulden für nächste Generationen tatsächlich gesenkt werden sollen, müssen wir schlicht, bei den Bürgerinnen und Bürger mehr Geld einziehen.

Wassmer Christian: Die Rechnung 2018, ein toller Rechnungsabschluss. Die Fraktion CVP gratuliert dem Gemeinderat, unter der Leitung des Gemeindeammanns Roland Kuster sowie der gesamten Verwaltung zu diesem sehr befriedigenden Ergebnis. Speziell erwähnen möchte ich die Finanzkommission, welche die Rechnung wiederum mit grossem Aufwand akribisch geprüft hat. Ich kann mich gut daran erinnern, was dahinter steckt.

Dieses Jahr findet die Rechnungsprüfung einen Monat früher statt. Darüber bin ich persönlich höchst erfreut, wurde mir doch bisher immer erklärt, wieso dies nicht möglich sei. Wie vorhin bereits an anderer Stelle erwähnt: Steter Tropfen höhlt den Stein. Wir haben einen Monat mehr zur Verfügung, um uns mit der Gegenwart und der Zukunft, sprich mit dem Budget auseinander zu setzen. Auf diese Weise können wir die Zeit besser nutzen als mit Vergangenheitsbewältigung. Wenn wir nun auch noch das Budget früher erhalten, so dass wir vor den Herbstferien eine Fraktionssitzung abhalten können, wären alle meine Wünsche erfüllt. Die vorliegende Rechnung schliesst operativ und Aufwertungsreserve mit einem Überschuss von 1,6 Mio. Franken ab. Im letzten Rechnungsjahr 2017 verzeichneten wir noch einen operativen Verlust von 1,2 Mio. Franken. Die Rechnungen von Bund, Kanton und vielen Gemeinden schnitten wesentlich besser ab als budgetiert. Es musste bei uns also ein Überschuss resultieren. Alles andere wäre eine Riesenenttäuschung gewesen.

Negativ zu Buche geschlagen haben wenig überraschend wiederum hauptsächlich die Pflegefinanzierung und die Sozialhilfe. Gemeinderat Martin Egloff, wie war das nun wieder mit den Einsparungen dank mehr Personal in der Sozialabteilung? Das konnte ich in der Rechnung nicht erkennen. Positiv beigetragen haben die ausserordentlichen Rückzahlungen der Postauto AG von Fr. 300'000.00 sowie Mehrerträge im Steuerbereich im Umfang von 1,8 Mio. Franken. Es handelt sich mehr um einmalige Ergebnisse bzw. Glück mit Nach-, Straf-, Grundstückgewinn-, Erbschaft- und Schenkungssteuern. Damit können wir leider nicht dauerhaft rechnen. Das operative Ergebnis hätte also auch leicht in einem Defizit enden können. Berücksichtigt man die eigentliche Steuererhöhung von 3 % aufgrund des Lastenausgleichs mit dem Kanton, entspricht dies ungefähr dem Überschuss, welcher uns nun für den Schuldenabbau zur Verfügung steht.

Die finanzielle Situation der Gemeinde Wettingen bleibt also weiterhin sehr angespannt. Nettoinvestitionen verharren auf konstant hohem Niveau von 20 Mio. Franken. Des Selbstfinanzierungsgrad von 33 % wurde zwar etwas besser, ist aber immer noch als ungenügend anzusehen. Die Nettoschuld liessen wir auf 89 Mio. Franken anwachsen. Die Schuld pro Einwohner liegt bei Fr. 4'264.00 und damit deutlich über dem Richtwert des Kantons von Fr. 2'500.00. Das ist an und für sich temporär kein Problem, wenn wir es schaffen, die Schulden wieder zu verringern. Genau danach sieht es leider nicht aus. Gehen wir davon aus, dass die Schuldenlast innerhalb einer Generation, das heisst 25 Jahren, zumindest wieder auf den maximalen Richtwert des Kantons von Fr. 2'500.00 gebracht werden soll, so müssen wir Stand 2018 im kommenden Budget mindestens 1,5 Mio. zusätzliche Abschreibungen budgetieren. Dieser Betrag steigt aber auf 3 Mio. Franken an, wenn wir dann den Zenit von 130 Mio. Franken Schulden erreichen oder Fr. 6'000.00 Schulden pro Einwohner. Und wenn wir auf eine Schuld pro Einwohner zurückkommen wollen wie vor den Grossinvestitionen 2014, das heisst Fr. 1'500.00 pro Einwohner, so müssten wir zusätzlich 3,9 Mio. Franken jährlich abschreiben.

Es wurde erwähnt, dass eine Steuererhöhung in der Luft liegt und die ist auch unumgänglich. Eine Steuererhöhung um 5 % bringt 2,5 Mio. Franken. Wir müssen also auch nach der Steuererhöhung zusätzliche 1,4 Mio. Franken Überschuss budgetieren, was in etwa dem Überschuss 2018 entspricht. Wir erwarten deshalb vom Gemeinderat ein

Budget auf Basis der Rechnung 2018 mit einem budgetierten Überschuss von 1,5 Mio. Franken, bei unverändertem Steuerfuss bzw. vollständiger Verwendung einer Steuerfusserhöhung für den Schuldenabbau. Dazu haben wir heute ein entsprechendes Postulat eingereicht, zusammen mit den Fraktionen FDP und SVP. Man könnte also behaupten, dass es schon fast überwiesen ist. Druck, lieber Leo, möchten wir dafür aufbauen. Ich glaube, es ist dem Gemeinderat klar, dass er dieses Postulat zusammen mit dem Budget behandeln muss und es keinen mehrjährigen Aufschub erlaubt. Die Fraktion CVP genehmigt die Rechnung 2018 und ist auf das Budget und den Finanzplan gespannt.

Fischer-Lamprecht Lutz: Die Fraktion EVP/Forum 5430 dankt Martin Frey und allen Mitarbeitenden der Finanzabteilung für die Arbeit und der Finanzkommission für die detaillierte Prüfung.

Auch aus unserer Sicht ist der Rechnungsabschluss erfreulich. Das operative und das Gesamtergebnis befindet sich wieder im Plus. Nicht vergessen haben wir, welche einschneidenden Massnahmen dazu notwendig waren und dass dieses Plus auch durch Sondereffekte erzielt wurde. Die Finanzsituation, das haben wir heute schon einige Male gehört, bleibt angespannt. Das sehen auch wir so. Gerade auch wenn man sieht, was noch an weiteren Investitionen auf uns zukommt.

Wir von der Fraktion EVP/Forum 5430 hoffen gleichwohl, dass es, wenn es dann ums Budget geht, neben dem Notwendigen immer auch Spielraum für Wünschenswertes gibt, denn eine Gemeinschaft lebt auch hiervon. Wir werden der Rechnung 2018 zustimmen.

Fricke Martin: Wir hörten vorher in einer Märchenstunde von Leo Scherer, dass betreffend Schuldenabbau nie konkrete Forderungen gestellt wurden. Wir stellen aber laufend solche Forderungen. Wir stellen aber fest, dass diese laufend von einer Mehrheit des Einwohnerrats nicht mitgetragen werden. Ich weise gerne darauf hin, dass die Fraktion SVP im 2014 eine Motion betreffend Schulden- und Ausgabebremse für eine sternenklare Zukunft der Gemeinde Wettingen eingereicht hat. Sie wurde bis heute nicht umgesetzt.

Huser Michaela: Auch die Fraktion SVP bedankt sich für die ausführlich präsentierte Rechnung und für die geleistete Arbeit in der Verwaltung und bei der Finanzkommission für die wie immer sehr präzise Prüfung. Wir schätzen das Ergebnis etwas kritischer ein als dass wir es vom Gemeinderat dargestellt erhalten haben. Auch für uns ist es schlicht Glück, dass wir nun im Rechnungsabschluss wieder eine schwarze Null präsentieren können. Wären die Zahlung der Postauto AG in Höhe von Fr. 300'00.00 oder die Neubewertung der Liegenschaften nicht gewesen, hätte Wettingen trotz einer impliziten Steuererhöhung von 3 Prozentpunkten ein Defizit ausweisen müssen. Von aktivem Schuldenabbau, wie das die Fraktion SVP fordert, kann noch gar keine Rede sein. Wettingen zählt heute zu den höchstverschuldeten Gemeinden des Kantons und bezahlt jährlich fast 1 Mio. Franken Schuldzinsen und das sogar im aktuellen Tiefzinsumfeld.

An dieser Stelle noch ein Satz zu LOVA 2. Im Rahmen dieser Analyse wurden diverse Massnahmen identifiziert, um unseren Finanzhaushalt nachhaltig zu stabilisieren. Die könnten nach wie vor in Angriff genommen werden. Wir haben es schon mehrfach gehört, wir sind immer noch nicht über den Berg. Wenn wir diese in Angriff nehmen würden, müssten wir nicht jedes Jahr auf ein Postauto- oder Landverkaufswunder hoffen. Besten Dank im Voraus, das wir uns diese Massnahmen bzw. Analyse nochmals bewusst machen und prüfen, was wir umsetzen können. Die Fraktion SVP wird der Rechnung zustimmen.

Maibach Markus, Vizeammann: Ich bedanke mich für die Dankes- und auch die kritischen Voten. Im Namen des Gemeinderats bedanke ich mich auch bei der Finanzkommission für die sehr konstruktive Zusammenarbeit. Ich glaube, der Prozess hat sich bestätigt. Wir können einen Monat früher beginnen und müssen nicht Mitte Jahr über etwas diskutieren, das bereits ein halbes Jahr zurück liegt.

Lassen Sie mich die Interpretation der Rechnung noch aus meiner Sicht erläutern: Wir sind vor 1,5 Jahren angetreten und wussten, dass wir zehn Steuerprozent, die wir eigentlich im Defizit sind, ohne Sondereffekte ausgleichen müssen. Und ich habe damals erklärt, dass wir das mit einem Ansatz, der eben auch ein Geben und Nehmen ist, einen Drittel durch Sparen, einen Drittel dank dem neuen Lastenausgleich, von dem wir im Unterschied zu Baden profitieren, und einem Drittel der eben impliziten Steuererhöhung, die wir mit 3 % ja auch vorgenommen haben, machen können. Wir stehen jetzt hier und haben ein positives Ergebnis und müssen uns fragen, was ist hier wieder Sondereffekte, was ist real und was haben wir wirklich geleistet. Man kann hier ganz verschieden interpretieren, was Sondereffekte sind. Selbstverständlich sind Postauto AG und Aufwertungen gewisse Sondereffekte. Wir hatten auch andere Wertberichtigungen, aber ich glaube, wir müssen auf die grossen Posten achten. Der eine wurde erwähnt. Das sind die Steuererträge. Die waren tatsächlich mit Sondereffekten belegt. Wir budgetieren diese bewusst nicht. Die Erträge der Nachsteuern sind ganz klar ein Sondereffekt. Ich denke aber, eine gute Wirtschaftslage und ein guter Standort Wettingen, der attraktiv ist, ist eine ganz wichtige Voraussetzung für fließende Steuern und wir sind froh, dass wir zumindest die Einkommens- und Vermögenssteuern relativ gut budgetiert haben. Ich messe die Rechnung vor allem am Budget.

Der kritische Punkt wurde auch erwähnt. Ich möchte einfach daran erinnern: Pflegefinanzierung 2015 2,5 Mio. Franken, 2018 4,7 Mio. Franken. Das können wir nicht oder höchstens indirekt beeinflussen und das haben wir auch zum Zeitpunkt der Budgetierung dieser vorliegenden Rechnung nicht gewusst. Es ist aber richtig, dass das ein Punkt ist, den man seriös budgetieren muss. Hier sollten wir nichts verstecken. Wir können nichts dafür, dass es so läuft, aber diese Kosten treiben uns um. Die MIGEL-Kosten sind dazu gestossen und auch die Restfinanzierung der Krankenkassenprämien. Das sind eigentlich keine Sondereffekte, sondern es sind Dinge, die uns belasten und die wir ausgleichen müssen. Und jetzt ist die Frage, wie wir es ausgleichen. Hier möchte ich doch noch erwähnen, dass wir im Personalaufwand Fr. 400'000.00 unter dem Budget geblieben sind und das hat nichts mit dem Tägi zu tun. Für 2018 haben wir selbstverständlich die Personalkosten des Tägis nicht budgetiert. Wir haben hier also unter Budget abgeschlossen, was ich positiv erwähnen möchte, und wir haben auch im Sachaufwand positiv und unter Budget abgeschlossen. Die prognostizierten Gebühreneinnahmen, die erwähnt wurden, die wir tatsächlich in einigen MPM-Massnahmen umgesetzt haben, sind im 2018 noch nicht voll geflossen. Hier ist ganz wichtig, dass man 2017 16 Mio. Franken Sachaufwand und 2018 14,9 Mio. Franken vergleicht, unter der Berücksichtigung, dass wir im Unterhalt mehr ausgegeben haben. Wir haben also gespart, aber nicht im Unterhalt. Meines Erachtens wurde dies vom Präsidenten der Finanzkommission korrekt moniert. Wir sind hier an einem Punkt, insbesondere im Hochbau, auf den wir achten müssen. Denn wenn unsere Substanz den Bach runter geht, haben wir nichts gespart, sondern haben Kosten vertagt, was nicht verantwortungsvoll ist. Und hier scheint es mir schon wichtig, wenn wir so diffuse Sparaufträge erhalten und ich erinnere an die Budgetdiskussion des letzten Jahres: Ich bin jetzt 20 Jahre in diesem Rat und der Einwohnerrat hat im Budget 2019 erstmals mehr ausgegeben als der Gemeinderat beantragt hat. Da möchte ich alle Parteien in die Pflicht nehmen. Wenn Sie noch Ideen haben, wo wir wirklich sparen können und das hier im Rat auf Akzeptanz stösst, dann sind Ideen willkommen. Wir setzen uns gerne mit diesen auseinander. Aber bitte fordern Sie uns nicht auf, die Vereine, Kultur oder Musik-

schule wegzusparen, nur weil wir einen so diffusen Sparauftrag haben. Wir sind am Optimieren.

Noch ein Satz zum MPM: Wir haben einige Massnahmen umgesetzt. Bis anhin sind es 17. Das steht im Rechenschaftsbericht. Dort hat es ein paar Massnahmen, die direkte ertragswirksam sind, vor allem dank der Optimierung von Gebühren. Diese Gebührendiskussion führten wir mehrmals. Das ist nicht ein Schröpfen, sondern ein Anpassen an eine relativ alte Gebührenstruktur. Und da haben wir auch das Personal in die Pflicht genommen. Wir sind im Personalbereich schon an einem Punkt, wo wir nicht einfach Druck weitergeben können. Es ist also wichtig, dass all diese Massnahmen auch Investitionen in die Zukunft sind. Ich denke an das Controlling, das natürlich eine Steuerungswirksamkeit aufweist. Ich denke an das Vertragsmanagement, wo wir bessere Bewirtschaftungsdinge haben. Diese werden nicht gleich kurzfristig kostenreduzierend wirksam, haben aber durchaus auch Wirkung in der Grundhaltung unseres Personals. Unser Personal unser Kapital und es ist mir ganz wichtig, dass wir das Personal motivieren und nicht frustrieren.

Fazit: Ich bin zufrieden mit Phase 1 und den Begriff "wohlwollend" finde ich gar nicht schlecht. Wir können aber nicht langfristig zufrieden sein. Deshalb noch zur Interpretation der Finanzlage: Es wurde erwähnt, dass wir 89 Mio. Franken Schulden haben. Ich möchte aber auch erwähnen, dass wir auf der anderen Seite 180 Mio. Franken Aufwertungsreserve in der Bilanz haben. Wir haben also Schulden, denen Substanz gegenübersteht. Und wenn wir dieses Jahr 20 Mio. Franken investiert haben, ist das Substanz für die Zukunft. Das ist kurzfristig zwar nicht ertragswirksam, aber das ist ein Nutzen für die Bevölkerung von Wettingen und Umgebung. Und da kann ich auch noch zufügen, dass wir die EWW AG mit 5 Mio. Franken in unseren Büchern haben. Die EWW AG ist aber 74 Mio. Franken wert. Ich glaube, wir haben hinter diesen Schulden auch Substanz und dadurch hängen wir nicht am Betteltuch, aber, da stimme ich dem Einwohnerrat zu, wir müssen diese Schulden abbauen. Aber wir können dies nicht in der Hochinvestitionsphase tun. Da würden wir gleich doppelt gestraft. Vor allem, wenn keine konkreten Ideen vorliegen, wie wir diese Beiträge zum Schuldenabbau finanzieren können.

Ich komme zum Ausblick: Zuerst auf das Budget 2019: Wir haben ja bekanntlich für dieses Jahr auch eine operativ schwarze Null budgetiert. Die Steigerung der Gesundheitskosten wurden bereits erwähnt. Wir versuchten mit möglichst guten Abgrenzungen einen Teil von dem, was auf uns zukommt, abzufangen. Es wird aber so sein, dass diese schwarzen Wolken der Gesundheitskosten weiter auf uns lasten werden. Die Steuern monitoren wir laufend und sind auf Kurs. Ich kann hier aber auch schon ausführen, dass wir noch keinen namhaften Nachsteuerfall haben. Der Kapitalmarkt wurde erwähnt. Wir waren selber erstaunt, dass die Zinsen weiterhin so tief bleiben. Ich glaube, alle die ein wenig Ökonomieverständnis haben, würden davon ausgehen, dass sie mittelfristig steigen. Wir haben dadurch ja auch hohe Anforderungen an unser kurz- und langfristiges Liquiditätsmanagement. Auf der anderen Seite befindet sich aber die Börse aktuell in einer guten Verfassung. Deshalb gehen wir auch hier davon aus, dass wir auf Kurs sind. Alles in allem könnte ich per dato sagen, wir sind auf Budgetkurs, aber es wird eine Herausforderung, die schwarze Null zu erreichen. Wenn wir wieder Glück haben, umso schöner, aber Glück im Unglück ist keine Strategie. Ich betone nochmals: Das ist die Phase 1. Phase 1 heisst, operativ, nachhaltig eine schwarze Null.

Phase 2 bedeutet Schuldenabbau. Hier nahm ich zur Kenntnis, welchen Vorstoss die bürgerlichen Fraktionen eingereicht haben. Ich kommentiere das nicht heute, aber es ist logisch, dass wir das bei der Budgetierung berücksichtigen müssen. Wir sind mit der Budgetierung 2020 gestartet und der Rat weiss selber, dass wir zwei Ausgabeposten,

mit denen wir arbeiten müssen, schon kennen. Wir müssen für das Tägeri wieder 0,5 Mio. Franken mehr ausgeben. Wir sind im 2019 ja etwas herunter gefahren und haben 0,5 Mio. Franken, die wir für das Jubiläumsfest ausgleichen müssen. Das sind schon mindestens zwei Posten, die wir relativ gut auffangen müssen. Wir sind im Budgetprozess mit einer Nichtsteuererhöhung gestartet, wie wir es auch im Finanzplan hatten. Das heisst, dass jetzt alle Abteilungen wiederum das Makrobudget als Vorgabe haben, in dem es darum geht, dass sie dieses einhalten, möglichst defensiv budgetieren. Wir befinden uns mitten im Prozess. Nach den Sommerferien wissen wir, was dabei herauskommt und werden das selbstverständlich seriös und auch kritisch überprüfen müssen. Per dato kann ich erläutern, dass wir das ausführen, was im Finanzplan steht aber ich kann Ihnen jetzt schon versichern, dass das alleine schon eine grosse Herausforderung ist. Wenn hier noch diffus Verbesserungen gefordert werden, bei denen man irgendwo etwas sparen kann und am Schluss in der Budgetdebatte dann trotzdem nichts dabei herauskommt, haben wir alle nichts gewonnen. Deshalb ist es wichtig, dass wir nach wie vor hinter den kommunizierten finanzpolitischen Absichten stehen: Eine Steuererhöhung wird nötig sein und sie muss zu einem grossen Teil der Schuldenamortisation dienen. Wie viel es sein kann und wird, arbeiten wir momentan aus. Ich hoffe, dass Sie uns vertrauen und wissen, dass wir diesen Prozess ernst nehmen.

Scheier Ruth: Wir haben hier im Saal schon mehrfach darüber diskutiert. Es geht um den Posten auf Seite 69, Tourismus, Kreditabrechnung "little Wettige". Diese haben wir im Einwohnerrat zwei Mal abgelehnt. Entsprechend wurde sie dem Regierungsrat zugewiesen. Uns ist nicht bekannt, ob der Regierungsrat bereits darüber entschieden hat oder nicht und wenn ja, wie. Wir haben aber festgestellt, dass in der Rechnung diese Fr. 43'8000.00 abgeschrieben werden sollen. Wir sind nicht sicher, ob das so korrekt ist bzw. falls der Entscheid des Regierungsrats vorliegt, bitten wir um entsprechende Information. Falls nicht, bitten wir den bestrittenen Teil noch pendent zu halten. Wir werden deswegen jetzt nicht die Rechnung ablehnen oder irgendwelche Änderungen beantragen. Wir bitten lediglich um entsprechende Kommunikation und verfolgen das Thema weiter.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Regierungsrat hat uns tatsächlich geantwortet und ist der Haltung des Gemeinderats gefolgt. Das heisst, dass wir diese Ausgaben in der Rechnung 2018 erfasst haben.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 47 Ja- : 1 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Die Verwaltungsrechnung 2018 der Einwohnergemeinde wird genehmigt

Wortmeldung Gemeindeammann nach der Pause: Ich war etwas zu schnell und bitte Sie um Entschuldigung. Die Rückmeldung des Regierungsrats betreffend "little Wettige" liegt noch nicht abschliessend vor. Wir werden diese Thematik wieder kommunizieren, wenn die Antwort des Regierungsrats tatsächlich vorliegt. Bitte entschuldigen Sie mein Vorpreschen. Aber noch kurz eine Rückmeldung zur Position, in der die Aufwände verbucht ist. Wir mussten sie in der Rechnung 2018 festhalten und einschliessen, damit sie entsprechend verbucht ist. Sollte es eine Änderung geben, werden wir das in der Folgerechnung allenfalls korrigieren müssen. Sie ist also berücksichtigt, bezahlt und in der Rechnung 2018 enthalten und je nach Rückmeldung des Kantons werden wir sie entsprechend umbuchen. Bitte entschuldigen Sie meine Falschmeldung vor der Pause.

5 **Kreditbegehren von Fr. 4'940'000.00 (inkl. MwSt.) an die Baukosten für die Sanierung und Erweiterung des Kurtheaters Baden (2018-1977)**

Knaup Adrian, Finanzkommission: Dieses Geschäft ist nicht so sehr ein finanzpolitisches, sondern mehr ein regionalpolitisch und symbolpolitisches. Der einzige Grund, wieso wir hier ordentlich darüber befinden müssen und sich auch die Finanzkommission damit beschäftigt hat, ist, dass es ein respektabler Betrag von 4,94 Mio. Franken ist, der zur Debatte steht. Die Ausgangslage und Fakten konnten Sie den Unterlagen entnehmen. In Wettingen bewilligt der Einwohnerrat diesen Kredit, unter dem Vorbehalt der Volksabstimmung vom 20. Oktober 2019 sowie unter dem Vorbehalt der Bewilligung des gleich hohen Investitionsbeitrags der Stadt Baden an die Baukosten des Tägis an deren Einwohnerratssitzung Ende Mai. Fällt einer dieser Entscheide negativ aus, entfallen diese Investitionsbeiträge auf beiden Seiten.

Wie ich einleitend ausgeführt habe, fliesst bei der Annahme des Kreditbegehrens kein Geld von Wettingen nach Baden oder umgekehrt. Es ist ein Nullsummenspiel. Hingegen sind die beiden Beiträge in Bezug auf die regionale Zusammenarbeit und insbesondere als Zeichen an die anderen Gemeinden der Region wichtig. Zahlreiche Gemeinden der Region beteiligen sich ebenfalls an den Kosten des Tägis und Kurtheaters und werden durch das Vorbild von Wettingen und Baden animiert und motiviert. Des Weiteren ist zu beachten, dass durch die gegenseitige Unterstützung sowohl das Tägi wie auch das Kurtheater den Charakter einer regionalen Zusammenarbeit haben. Und das wiederum bewirkte, dass der Kanton für beide Projekte mehr Geld gesprochen hat, als wenn es rein kommunale Vorhaben gewesen wäre.

Die Finanzkommission beantragt die Annahme dieses Kreditbegehrens, bei einem Abstimmungsverhältnis von 6 : 0, bei 6 Anwesenden.

Burger Alain: Die Fraktion SP/WettiGrünen sagt ganz klar ja zum Kredit für das Kurtheater Baden. Wir freuen uns, dass unsere Nachbarstadt dieses grosse Projekt endlich starten konnte und sind gespannt auf die Wiedereröffnung im nächsten Jahr. Mit dem Kurtheater übernimmt Baden eine wichtige Aufgabe im Kulturbereich für die ganze Region. Da macht es durchaus Sinn, dass auch unsere Gemeinde einen Beitrag leistet. Schliesslich erwartet Wettingen auch, wie wir vom Vertreter der Finanzkommission gehört haben, dass sich die anderen Gemeinden der Region finanziell am Tägiprojekt beteiligen. Wenn wir heute nein zum Kurtheater sagen, was würden wohl dann die anderen Gemeinden tun? Schade findet unsere Fraktion einzig, dass der Kredit nur unter Vorbehalt eines gleich hohen Betrags für die Kulturstadt an das Sportdorf gesprochen werden soll. Ein richtiges Bekenntnis zur Region Baden-Wettingen sieht für uns schon etwas anders aus. Und seit wann machen wir Beschlüsse im Einwohnerrat Wettingen vom Einwohnerrat Baden abhängig? Nebenbei sind wir nun seit 974 Jahren Nachbarn. Da darf man auch mal etwas schenken, ohne gleich ein Geschenk zurück zu erwarten und wir erhalten ja auch etwas dafür. Ein brandneues Kurtheater, das man von Wettingen aus mit dem Bus, Velo oder zu Fuss erreichen kann. Andernfalls müssten wir selber eines bauen und das wäre viel teurer.

Trotz diesem Vorbehalt sagen wir ja. Ein Anfang ist ein Anfang und die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden der Region ist bekanntlich ausbaufähig. Regionalstadt ahoi.

Nicodet Simona: Die Stadt Baden und Gemeinde Wettingen haben sich gegenseitig Investitionsbeiträge in der Höhe von 5,1 Mio. Franken versprochen. Es ist ein gegenseitiges Bekenntnis zu den Leuchttürmen der Region. Sport soll weiterhin im Tägi stattfinden, Kultur und vor allem das überregional bekannte Kurtheater in Baden. Dieses Bekenntnis sagt aus, dass man weiterhin kein Konkurrenzangebot anstrebt und weiter-

hin verstärkt zusammenarbeiten möchte, sofern es Sinn macht. Das hat auch Signalwirkung für andere Gemeinden. Die Fraktion CVP sagt ja zum Kreditbegehren.

Widmer Franziska: Weil in Baden zu Gunsten der Tägi-Sanierung der gleich hohe Kredit gesprochen werden soll, läuft das Zug-um-Zug-Geschäft für die Finanzen auf ein Nullsummengeschäft heraus. Das heisst aber nicht, dass es nichts wert ist. Ganz im Gegenteil. Es ist von wichtiger, nachbarschaftlicher Bedeutung. Wettingen zeigt damit, dass es hinter dem kulturellen Angebot steht, das Baden der ganzen Region stellt, auch wenn in diesem Bereich in den letzten Jahren Beiträge gekürzt wurden.

Der Kreditantrag erhält deshalb die volle Unterstützung unserer Fraktion.

Scheier Ruth: Auch die Fraktion GLP ist eindeutig für eine nahe Zusammenarbeit in der Region. Wir unterstützen daher grundsätzlich Anliegen dieser Art. Es sind jedoch trotzdem noch einige Fragen offen, bevor wir einfach ja zu diesem Kredit sagen. Die erste Frage: Das Tägi wird ja einiges teurer als das Kurtheater in Baden. Wieso hat man diese Beiträge nicht proportional zu den erwarteten Kosten gesprochen? So gesehen macht ja Wettingen theoretisch etwas Verlust. Unsere Frage: Von welchen Kostenschätzungen ging man zum Zeitpunkt dieser Verhandlungen aus? Wann war überhaupt der Zeitpunkt der Verhandlungen? Wettingen hat die Vorleistungen von Fr. 160'000,00 erstmals im 2008 gesprochen. Baden hat selben Betrag aber erst 2012 vorgeleistet. Ist es jetzt daher dringend, dass wir die Kredite gleichzeitig sprechen müssen oder könnten wir entscheiden, nochmals über die Bücher zu gehen und zu prüfen, wie die Kostenverteilung genau sein soll?

Was bei einer Ablehnung passiert, haben wir bereits vernommen. Das ist nicht das Szenario, das wir uns wünschen. Die Fraktion GLP zog in Erwägung und behält sich vor, diesen Antrag zu stellen, wenn wir keine erklärenden Antworten erhalten, vor allem auf die Frage ob proportional oder nicht. Dann würden wir gerne einen Kürzungsantrag in proportionaler Höhe für diesen Kredit stellen. Wir möchten aber gerne die Antwort des Gemeinderats abwarten. Der Vorteil einer Kürzung wäre hingegen, dass keine Volksabstimmung erforderlich wäre.

Eine Bemerkung zum Schluss: Die Zusammenarbeit in der Region funktioniert ja relativ gut und immer mal wieder gibt es Kreditanliegen, sich an gewissen Projekten der umliegenden Gemeinden zu beteiligen. Wieso kann man hier nicht einen Kulturlastenausgleich mit den umliegenden Gemeinden installieren, damit wir nicht jede einzelne Vorlage von neuem verhandeln müssten?

Fricker Martin: Es ist ein Nullsummenspiel, das haben wir bereits gehört. Wir fragen uns wieso. Eine Absichtserklärung, sich gegenseitig zu unterstützen, kann man auch tätigen, ohne dass man buchhalterisch ein paar Millionen hin und her schiebt. Zusätzlich gibt es noch eine Abstimmung bei uns. Das kostet ja auch wieder. Das wäre jetzt ein konkreter und nicht ein diffuser Vorschlag um Kosten zu sparen. Das ist für uns ein buchhalterisches Nullsummenspiel und wir fragen uns wirklich, wem nutzt ein solches Bubentricklein. Der Steuern bezahlenden Bevölkerung sicher nicht. Die Fraktion SVP hat Stimmfreigabe beschlossen.

Scherer Kleiner Leo: Ich möchte den Punkt der Regionalität nochmals aufgreifen. Das es jetzt zwei Mal 4,94 Mio. Franken sind, in diesem ersten, grösseren, einzelnen Fall, ist für mich eigentlich ein Stück weit Zufall. Für mich ist das der Anfang einer Kultur, die lautet, dass man sich in Leistungen regionaler Bedeutung, die für das ganze Zentrum Baden-Wettingen und Umfeld Zentrumsleistungen sind, gegenseitig unterstützt. Dann kann es auch mal ungleichzeitig oder im Betrag ungleich und asymmetrisch sein.

Zu den Kolleginnen und Kollegen der GLP: Überlegt mal etwas genauer, was das regionale Alleinstellungsmerkmal unseres Tägi-Projekts ist. Es ist nicht das Hallen- oder Aussenbad, das Baden selber besitzt. Es ist das Eis und nur das Eis. Und wenn man den Anteil des Eises in der Gesamtsumme des Tägi-Projekts betrachtet, ist es wahrscheinlich tiefer als die 36,57 Mio. Franken, die das Kurtheater kostet. Also wenn schon jemand profitiert, dann eher wir.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Etwa zum Zeitpunkt, als ich hier als Gemeindeammann gestartet bin, wurde diese Frage bereits bei Baden Regio gestellt. Und Baden Regio musste sich damals nochmals zu Diskussionen, die man im Jahr 2011 geführt hat, bekennen. Also doch schon einige Zeit zurück. Man diskutierte damals über die Solidarität unter den Gemeinden in unserer Region, nämlich von 26 Gemeinden, die bis ins Reusstal reichen. Baden Regio als Planungsverband hat sich schon sehr früh zu diesen zwei regionalen Leuchttürmen, so wie man sie damals schon genannt hat, committed und entschied, diese Aufgaben nicht überall lösen zu müssen. Wir konzentrieren uns dorthin, wo man die Grundinfrastruktur bereits hat und schon sehr gute Erfahrungen vorhanden sind. Hier geht es ganz konkret um die Infrastruktur des Kurtheaters auf der einen Seite und auf der anderen Seite um unser Tägi, das auch eine regionale Ausstrahlung besitzt. Dieses Bekenntnis und die Solidarität, die einen Moment auf der Kippe war, heute aber von all den verschiedenen Gemeinderäten, die ihren Gemeindeversammlungen auch einen Beitrag unterbreiten werden, ist im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit gewachsen.

Und dieser Bubentrick ist kein Bubentrick sondern ein Bekenntnis zu den Aufgaben der zentralen Örtlichkeiten der Region. Nämlich die beiden zentralen Örtlichkeiten, die viele Aufgaben übernehmen, die an und für sich auch an anderen Orten geleistet werden könnten und die regionalen Aufgaben, insbesondere beim Eis. Der Beitrag, den wir übrigens vom Kanton fürs Tägi erhalten, bekommen wir nicht, weil wir ein Hallenbad bauen und sanieren. Den erhalten wir, weil wir die Leistungen an die Hand nehmen und Wettingen diese Investition ins Eis und auf dem Eisfeld tätigt.

Ich möchte nochmals daran erinnern, dass wir in der damaligen Umfrage zum Tägi ein klares Bekenntnis unserer Bevölkerung zum Eis und Wasser erhalten haben. In diesem Sinne ist diese Regionalität und Solidarität ein bekennendes Zeichen, dass die Zusammenarbeit bei uns in der Region durchaus funktioniert und die Kultur der Bereitschaft, miteinander Infrastrukturen zu tragen, die der Gesamtregion zur Verfügung stehen, ist ein richtiges und wichtiges Zeichen.

In Bezug auf etwas mehr oder etwas weniger ist die Thematik genau diese: Wir erhalten dieses Geld insbesondere für die Eis-Geschichte und wenn man diese etwas genauer betrachtet, danken wir der Stadt Baden, dass sie in diesem Konstrukt anteilig etwas mehr an Wettingen bezahlt als wir in Summe an Baden. Am Schluss ist weniger das Bekenntnis der Höhe oder wie sich diese Summe entwickelt hat, wichtig, sondern vor allem das Bekenntnis zu diesen zwei Leuchttürmen, die die beiden Kerngemeinden auf sich nehmen und infolgedessen die Solidarität der Gemeinden erhalten dürfen.

Scheier Ruth: Vielen Dank für die Ausführungen und Antwort, welche mir genügen. Wir werden keinen Kürzungsantrag stellen. Ich bitte aber den Gemeinderat, vor der Volksabstimmung auch wirklich darüber zu informieren. Wenn man jetzt mit der Bevölkerung spricht, sind viele der Meinung, aufgrund des Preisunterschieds zwischen Tägi und Kurtheater über den Tisch gezogen zu werden. Es ist wichtig, dass dies klar kommuniziert wird.

Zum Thema regionale Zusammenarbeit: Vielleicht ergibt sich irgendwann die Möglichkeit, einen Kulturlastenausgleich in der Region auszuarbeiten, damit man nicht über jedes einzelne Geschäft abstimmen muss.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Zu diesem Thema kann ich noch Antworten geben. Dieses Thema haben wir auch bei Baden Regio bearbeitet. Wir haben grössere Erhebungen bei allen Gemeinden getätigt und haben geklärt, wer wie viele Kulturausgaben tätigt. Wir liessen alle Rechenschaftsberichte der Vergangenheit analysieren. An der nächsten Vorstandssitzung von Baden Regio werden wir über dieses Thema diskutieren. Ob das in eine Form Kulturlastenausgleich mündet, kann ich noch nicht beurteilen.

Ernst Manuela: Noch ein kurzer Kommentar: Das Hallenbad Wettingen wird sehr wohl auch intensiv von Badener Einwohnern genutzt, da Wettingen einen Schwimmverein und eine Schwimmschule besitzt. Dort sind nicht nur Wettinger Kinder Mitglied.

Ausserdem möchte ich noch anbringen, dass die Verhandlungen mit Baden für den Schwimmclub Wettingen sehr herzlich waren. Als es um das Wasser ging, sträubte sich Baden sehr. Das sehe ich nicht unbedingt als Bekenntnis von Baden für eine gute Zusammenarbeit. Und zu guter Letzt: Als Wettinger bezahlt man für das Jahresabo im Schwimmbad Baden mehr als Badener im Schwimmbad von Wettingen.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 44 Ja-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 4'940'000.00 (inkl. MwSt.) an die Baukosten für die Sanierung und Erweiterung des Kurtheaters Baden wird unter Vorbehalt der Bewilligung eines gleich hohen Investitionskredits der Stadt Baden an die Baukosten des Tägis genehmigt.

6 Kreditbegehren von Fr. 1'695'000.00 (inkl. MwSt.) zur Erweiterung und Instandsetzung der Liegenschaft Schartenstrasse 42 (2019-0097)

Bürgler Philipp, Finanzkommission: Zur Ausgangslage: Die Schule Wettingen ist auf die Schaffung der zusätzlichen Plätze für die Tagesstrukturen dringend angewiesen. Insbesondere im Schulhaus Altenburg ist der vorhandene Platz für die grosse Anzahl angemeldeter Kinder bereits heute sehr knapp und nicht ausreichend. Zur Schaffung der zusätzlichen Plätze für die Tagesstrukturen an der Schartenstrasse 42 spricht die Nähe zum angrenzenden Doppelkindergarten Langenstein, da die Kinder dieses Kindergartens momentan das Angebot des Schulhauses Altenburg in Anspruch nehmen.

Zur Erweiterung und Instandsetzung: Der Grundriss wurde betreffend Grösse und Raumordnung zusammen mit dem Verein Kita Baden-Wettingen erarbeitet und abgestimmt. Grundsätzlich ist die Wahl der kostengünstigen Materialien sehr erfreulich und macht so Sinn. Es wurde uns vom Gemeinderat auch bestätigt, dass sich das nicht negativ auf den Gebäudeunterhalt auswirken wird. Sie sind zwar kostengünstig, aber trotzdem langlebig. Allgemein ist das Projekt keine extravagante, sondern eine zweckmässige und die Bedürfnisse und Nachhaltigkeit abdeckende Lösung.

Zur Nachfrage: Wie erwähnt nutzen zurzeit Kinder des Kindergartens Langenstein das Angebot der Tagesstrukturen des Schulhauses Altenburg. Diese könnten dann zurück an die Schartenstrasse 42 wechseln, was Kapazitäten im Altenburg freigeben würde.

Für die Projekterweiterung rechnet man mit rund 38 Kindern, die durchschnittlich pro Tag dort sein könnten. Wie erwähnt befindet sich das Schulhaus Altenburg am Limit. Die provisorischen Plätze befinden sich sogar im Untergeschoss. Die Entlastung ist wirklich erforderlich.

Die Nachfrage nach dem Tagesstrukturangebot ist auch in der Region des Doppelkindergartens Langenstein steigend. Die Erweiterung auf der einen Strassenseite soll ermöglichen, dass die Kindergartenkinder nicht die Hauptstrasse überqueren müssen. Momentan ist die Kita dort auf zwei Strassenseiten verteilt.

Zu den Finanzen und dem Finanzplan: Im letzten Finanzplan 2018 bis 2022 ist das ganze Projekt mit rund Fr. 1'020'000.00 hinterlegt. Die Vorlage fiel nun auf Grund der Ungenauigkeit der Schätzung Fr. 545'000.00 höher aus. Wenn wir dann noch den Antrag der Finanzkommission dazuzählen, ergibt es eine Differenz von rund Fr. 675'000.00.

Die Mietkosten der Liegenschaft belaufen sich momentan auf Fr. 1'000.00 pro Monat. Sie würden auf Fr. 5'500.00 erhöht und so die Investitionsfolgekosten der Gemeinde vollumfänglich abdecken. Zwar finanziert die Gemeinde das Ganze aber durch die Mieteinnahmen werden nicht Mehrkosten generiert und man verwendet das nach und nach für den Abbau der Schulden.

Erwähnenswert ist der Vereinsbeitrag. Die Innenausstattung ist nicht Bestandteil des Kreditantrags und wird von der Kita mit Fr. 145'000.00 Eigenmitteln finanziert. Auch für die langfristige Standortwahl spricht, dass die Kita mit Spendengeldern einen Beitrag an die Umgebungsgestaltung leisten wird.

Im Rahmen der Finanzkommission-Sitzung wurde über das Gesamtkonzept des Standorts Langenstein/Schartenstrasse diskutiert. Es ist so, dass im Rahmen der Kreditvorlage nur die konkrete Nachfrage des Orts abgedeckt und nicht das grössere Konzept diskutiert wurde. Wir fanden es trotzdem wichtig, das zu prüfen. Im ganzen Raum mit der potentiell ansteigenden Nachfrage macht es keinen Sinn, ein Gebäude ohne Keller oder Möglichkeit einer Etagerweiterung zu erstellen. Deshalb kam die Finanzkommission zum Schluss, dass eine Erweiterung der Liegenschaft Schartenstrasse 42 ab Beginn vorbereitet werden soll, damit optional um ein zusätzliches Stockwerk erweitert werden kann. Deshalb beantragen wir einen Zusatzkredit über Fr. 130'000.00. Der Betrag kam zustande, weil man sagt, es sind etwa 10 % der Baukosten. Es sind rund Fr. 280'000.00 für die Instandsetzung des bestehenden Gebäudes und die Erweiterung ist ca. 1,5 Mio. Franken. In der Zwischenzeit haben der Architekt und die Bau- und Planungsabteilung die Machbarkeit geprüft und konnten den Betrag bestätigen. Sie haben ein Konzept präsentiert, um im Gebäudeinnern mit einer Treppe einen Aufgang zu schaffen. Die Mietkosten von Fr. 5'500.00 pro Monat decken auch die Investitionsfolgekosten, wenn wir diese Fr. 130'000.00 zusätzlich zum Kredit sprechen.

Die Finanzkommission ist der Meinung, dass die Erweiterung der Liegenschaft von Beginn weg mit der Vorbereitung eines zusätzlichen Stockwerks ausgeführt werden soll und beantragt einen zweckgebundenen Zusatzkredit von Fr. 130'000.00. Die Finanzkommission empfiehlt mit 6 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 0 Enthaltungen, das Kreditbegehren von Fr. 1'565'000.00 zur Erweiterung und Instandsetzung der Liegenschaft Schartenstrasse 42 zu genehmigen.

Mollet Désirée: Wir von der Fraktion FDP freuen uns über dieses Geschäft und können ihm mit voller Überzeugung zustimmen. Mit dem Neubau wird nicht nur die derzeit unbefriedigende Situation der Scharthenstrasse bereinigt, sondern auch die Tagesstrukturen im Altenburgquartier entlastet, was dringend notwendig ist. Eine solche Vorlage zeigt, wie die Gemeinde Wettingen die Kinderbetreuung fördern kann, ohne das Gemeindebudget übermässig zu belasten. Auch der Antrag der Finanzkommission zeugt von nachhaltigem Planen und Denken. So halten wir die Türen für eine Erweiterung des Baus in einem Wohngebiet mit Entwicklungspotential offen. Nicht zuletzt freut uns der Einbau einer Wärmepumpe. Kurz, diese Vorlage ist pragmatisch, ökologisch sinnvoll und ökonomisch tragbar und hierfür stehen wir Freisinnigen schlussendlich gerne ein.

Scherer Kleiner Leo: Die Fraktion SP/WettiGrünen erachtet diese Vorlage bzw. dieses Projekt als gut. Wir begrüßen es wärmstens, da wir es in einem doppelten Sinn gut finden. Ersten erhält der Verein Kita Räume, die ihm ermöglichen, in Wettingen ein Angebot auf einem hohen Qualitätsniveau bieten zu können. Im gleich hohen Qualitätsniveau wie auch unsere Zentrumsstadt Baden den Verein Kita Baden-Wettingen führt. Für die Kinder darf man ruhig etwas mehr als das absolute Minimum von Aufbewahrung tun. Es soll möglich sein, dass die Kinder dort eine wirklich anregende Umgebung vorfinden und sich so in einem guten Sinn entwickeln können.

Die zweite, ebenfalls gute Sache ist, dass unsere Wettinger Tagesstrukturen diesen Raum im Bereich nördlich der Landstrasse, wo Mangel herrscht, erhalten werden. Das sind unserer Ansicht nach zwei valable Gründe, zuzustimmen. Wenn man in den Rosengartenbereich mit dem halben Parkplatz und der mit zwei Baracken überbauten anderen Hälfte einbiegt, hat man den Eindruck, es ist ein "Geküchel". Wann man sich dann noch vergegenwärtigt, dass sich dahinter noch der ehemalige Sportplatz Scharthen mit der grossen grünen Fläche befindet, bietet sich eigentlich ein riesiges Potential, wo es angemessen wäre, sich im Rahmen der Bau- und Nutzungsordnung Gedanken zu machen, welches Konzept man dort verfolgt. Man kann die aktuellen Bedürfnisse des Vereins Kita Baden-Wettingen und unserer Tagesstrukturen nicht auf die Planungsbank schieben. Dann könnte es noch viele Jahre dauern, bis dort überhaupt etwas realisiert werden kann. Das liegt nicht drin, weil das Bedürfnis jetzt besteht und das soll man auch jetzt befriedigen.

Wir werden diesem Kreditbegehren einschliesslich des Antrags der Finanzkommission um Zusatzkredit, den wir als gute Verbesserung des Ganzen betrachten, zustimmen.

Bürgler Simon: Die Fraktion CVP unterstützt das Kreditbegehren des Gemeinderats und ist von der Richtigkeit überzeugt. Der Sanierungsbedarf des Altbaus ist unbestritten und muss so schnell wie möglich angegangen werden. Der Platzbedarf für das Anbieten der Tagesstrukturen hat sich in den letzten Jahren immer mehr entwickelt und wird voraussichtlich weiter wachsen. Das vorgeschlagene Anbauprojekt kann die Plätze im Quartier Langenstein/Scharthen neu decken und die Leistungen der Kita Baden-Wettingen unterstützen. Die vorgeschlagene kostengünstige Bauweise im Elementbau, ohne Unterkellerung, für die Zukunft die Option einer Aufstockung und somit Kapazitätserweiterung zu ermöglichen und beim Ausbau die nötigen statischen Elemente und Vorarbeiten einzuplanen, ist unserer Meinung nach sinnvoll. Um für die Anpassungen der nächsten 10 bis 15 Jahre gewappnet zu sein, stimmen wir dem Zusatzkreditantrag der Finanzkommission ebenfalls zu. Der Installation einer Photovoltaikanlage steht dann auch nichts im Wege und würde den ökonomischen und ökologischen Kreislauf mit der geplanten Wärmepumpe schliessen. Bei einem planerischen Lebenszyklus von 35 Jahren macht dies durchaus Sinn. Der mögliche Mietzins von Fr. 66'000.00 pro Jahr deckt die Finanzierung über die planerische Lebenszeit, jedoch nicht die vollständige Amortisation.

Ein alternativer Standort für ein solches Projekt ist momentan nicht in Sicht und zeichnet sich auch nicht ab. Deshalb stimmen wir dem Kreditbegehren zu.

Hiller Yvonne: Wir begrüßen grundsätzlich den Ausbauwillen des Angebots sehr und stehen diesem Kredit sicher nicht im Wege. Man sieht den Sparwillen effektiv richtig umgesetzt, was wir positiv hervorheben möchten. Die Aufstockung baulich vorzubereiten ist sicher sinnvoll und es zu unterlassen, wäre am falschen Ende gespart. Da ist sich die Fraktion GLP einig. Man merke: Wir sind nicht immer um jeden Preis fürs Sparen. Wir sind für einen vernünftigen Umgang mit der Ressourcen, was hier wunderbar stimmig ist.

Was für uns etwas unklar ist, ist die Sinnhaftigkeit des gewählten Orts bzw. die Beachtung der Konsequenzen. Kann sie durch Langenstein-Kinder gefüllt werden oder werden noch Kinder von der Altenburg-Seite zur Betreuung dorthin geschickt? Im zweiten Fall gehen wir davon aus, dass die Gemeinde mit der neuen Standorteröffnung eine Begleitung der Altenburg-Kinder unter anderem über die Landstrasse organisiert. Dies ganz grundsätzlich, weil die Gemeinde hier den Weg zum Mittagstisch nach wie vor als Schulweg und in der Verantwortung der Eltern definiert. Ich wiederhole mich zwar aber wenn ich hingehen muss, um meine Kinder über die Strasse zu begleiten, kann ich gleich zum Kochen zu Hause bleiben. Das ist nicht familienfreundlich und das ist nach wie vor ein grosser Kritikpunkt an unserem Betreuungssystem. Hinzu kommt noch die Umgebung der Baustelle der Unteren Landstrasse, die auf dem Schulweg nicht per se schwierig ist, sondern auch noch Zubringerverkehr in Form von grossen Gefährten mit vielen toten Winkeln und weitere, ungeduldige Verkehrsteilnehmer mit sich bringt.

Der dringende Bedarf an mehr Tagesstrukturplätzen wird mit dem Kreditbegehren mehrfach bestätigt. Es ist wirklich schade, hat die Gemeinde auf genügend Druck der Bevölkerung zwar einmal ein Basisangebot erstellt, aber seither so lange schief, dass jetzt der Eindruck von Feuerwehrübungen entsteht, um das längst Überfällige so bald als möglich möglich zu machen, was wir aber grundsätzlich sehr schätzen. Hätte die Gemeinde eine Bedarfsplanung wären keine Schüsse aus der Hüfte nötig, die dann einfach einen Flicker mehr im Teppich ergeben und hier erwarten wir nach wie vor eine umfassende Planungsgrundlage bezüglich wo, wie viel, wann Sinn macht. Wir bleiben weiterhin mit dem Rätsel zurück, wie es die Gemeinde erklärt, dass sie vor einigen Jahren den privaten Anbietern mitgeteilt hat, dass von privater Seite keine Betreuungsplätze für das Kindergartenalter erwünscht bzw. sogar ein Abbau erwünscht sei. Dies wurde selbstverständlich von den Anbietern respektiert. Die Gemeinde kümmere sich ab sofort um die Betreuung dieser Altersgruppen, hiess es. Aktuell gibt es mindestens einen privaten Anbieter, der für die ein, zwei Jahre zur Überbrückung auf eigenes Risiko und auf eigene Kosten Hand bieten würde. Dieses Angebot wird von der Gemeinde nach wie vor abgelehnt mit der Begründung, dass der formale Aufwand und die Kosten für eine Leistungsvereinbarung zu hoch seien. Dass unter den vorliegenden, dringlichen Umständen die privaten Anbieter zurückgehalten werden und zudem Lösungen, die die Gemeinde wesentlich günstiger kommen würden, haben wir unter der aktuellen Dringlichkeit kein Verständnis und werden am Ball bleiben.

Reinert Marie Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 wird dieses Kreditbegehren unterstützen und findet es sinnvoll. Wir finden auch sehr sinnvoll, dass die Finanzkommission diese mit Sparsamkeit begründete Einschränkung auf ein Stockwerk mit der Möglichkeit, ein zweites zu planen, korrigiert hat.

Meier Stefan: Unsere Fraktion ist der Meinung, dass dieses Projekt eher südlich der Landstrasse angesiedelt werden sollte. Auch wir sehen das Problem mit der Überquerung der Landstrasse. Deshalb haben wir in Frage gestellt, ob wirklich der richtige Ort gewählt wurde. Die Frage an den Gemeinderat lautet, ob wirklich alle Standorte einbe-

zogen wurden bzw. nach anderen Standorten gesucht wurde oder ob man einfach einen Flickbau herstellt. Eine andere Frage: Braucht es diese Abdeckung wirklich, wenn man sagt, für die nächsten zehn Jahre sollte es so ausreichen? Mit der Frage, was wir in den nächsten zehn Jahren bauen, tue ich mich etwas schwer, denn grundsätzlich ändert sich der ganze Bau immer wieder.

Egloff Martin, Gemeinderat: Ich möchte den Verfasser dieses schlichten, meines Erachtens schönen Baus, Martin Eglin, auf der Tribüne begrüßen. Es freut mich, dass er anwesend ist.

Ich danke für Ihre grossmehrheitlich positive Aufnahme des Geschäfts. Es ist ein gutes Geschäft. Selbstverständlich haben wir andere Standorte evaluiert. Die Nachfrage befindet sich aber dort. Es befinden sich dort zwei Kindergärten und betreffend Strassenüberquerung ist es eben genau umgekehrt. Die Kinder dieser zwei Kindergärten gehen vom Altenburg geführt über die Landstrasse und das ist nicht sinnvoll. Dem möchten wir entgegenwirken. Im Altenburg spielen wir damit Raum frei. Dort ist die Nachfrage nach Tagesstrukturen ebenfalls sehr hoch.

Der Finanzkommission danke ich für diesen nachhaltigen und klugen Antrag, die Aufstockung vorzusehen. Das sehe ich als richtiges Umdenken an und freue mich darüber.

Durch die Wärmepumpe, die wir installieren, machen wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung in Bezug auf das Postulat, welches heute Abend eingereicht wurde. Auch das ist eine nachhaltige Art, um das Gebäude heizen zu können. Ich wäre froh, wenn Sie diesem Kredit, inkl. der Fr. 130'000.00 für die Aufstockung, zustimmen würden. Das ist eine gute Sache.

Betreffend Aufstockung kann ich heute noch nicht voraussehen, wie sich dieses Gebiet entwickeln wird. Es gibt dort ein grosses Potential für verdichtetes Bauen. Es ist sehr gut möglich, dass dort in Zukunft mehr Menschen leben werden, was entsprechend mehr Kinder geben würde.

Fricke Martin: Stefan Meier stellte die konkrete Frage, in welchem Zeitraum das ungefähr angedacht wurde. Wir hätten gerne eine Antwort.

Egloff Martin, Gemeinderat: Meine Antwort lautet, dass das nicht festgelegt werden kann. Es ist eine Vorsehung, um dieses Gebäude mit einfachen Mitteln vergrössern zu können und den Platzbedarf, wenn er dann vorliegt, schaffen zu können und zwar sehr viel kostengünstiger, als wenn später statisch verstärkt werden muss.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 45 Ja- : 0 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von 1,565 Mio. Franken (inkl. MwSt.) zur Erweiterung und Instandsetzung der Liegenschaft Scharthenstrasse 42 wird genehmigt.

Antrag Finanzkommission

Die Finanzkommission ist der Meinung, dass die Erweiterung der Liegenschaft Schar-tenstrasse 42 von Beginn weg mit den Vorbereitungen für ein optional zusätzliches Stockwerk ausgeführt werden sollte und beantragt hierfür einen zweckgebundenen Zusatzkredit über Fr. 130'000.00.

Der Antrag der Finanzkommission wird mit 41 Ja- : 4 Nein-Stimmen, bei 3 Enthaltungen, genehmigt.

7 Nicodet Simona, CVP, vom 6. September 2018 betreffend Hundepark; Überweisung

Nicodet Simona: Vorab die Erklärung der Motivation dieses Postulats. Ich wurde von einer Gruppe Hundehalterinnen angefragt, ob ich ihr Anliegen, die Realisierung eines Hundeparks, beim Gemeinderat anbringen könnte. Ansonsten müssten sie, Unterschriften für eine Petition sammeln. Dieses Anliegen liegt auch mir am Herzen, weshalb ich der Forderung gerne nachkam.

Wir haben in unserer Gemeinde folgenden Ist-Zustand:

1. in der Brut- und Setz-Zeit herrscht in Wald und an Waldrändern Leinenpflicht.
2. Die Leinenpflicht gilt auch bei allen Schulanlagen, im Klosterareal, auf den Friedhöfen, in allen Sport- und Grünanlagen sowie jetzt neu auch im Zentrumsgebiet.

Die Gemeinde Wettingen hat Ende April allen Hundebesitzerinnen und -besitzern die neu geltende Regelung der Leinenpflicht mit einem Plan, der die Orte genau visualisiert, zugestellt. Jeder Hundebesitzer bezahlt in Wettingen Fr. 120.00 Hundesteuern pro Jahr. In unserer Gemeinde leben knapp 700 angemeldete Hunde. Ich finde die geltende Leinenpflicht absolut sinnvoll. Für die Hunde bedeutet sie aber eine grosse Einschränkung und so wird es immer schwieriger, sie artgerecht zu halten. Mit einem Hundepark, was nichts Luxuriöses sondern schlicht eine eingezäunte Grundfläche sein soll, hätten die Hunde Freilauf und Kontakt zu Artgenossen, was für die Hunde sehr wichtig ist, und es würde zur Entspannung der heutigen Situation in unserer Gemeinde führen. Zudem wäre es ein Ort für Treffen und Austausch. Es wäre also auch ein Mehrwert für die Hundehalter. Vergessen wir nicht, dass der Hund das Leben vieler Menschen bereichert. Ich möchte mich für ein einvernehmliches, sozialverträgliches Miteinander einsetzen. Viele Städte und grössere Gemeinden haben bereits solche Freilaufräume oder Hundeparks eingerichtet, welche rege genutzt werden. Ich bin überzeugt, dass ein Hundepark ein grosses Plus für unsere Gemeinde und Bevölkerung wäre. Ich bedanke mich beim Gemeinderat, dass er dieses Postulat entgegennimmt.

8 Interpellation Läng Hanna, EVP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Altersleit-bild Wettingen - wie weiter?; Beantwortung

Läng Hanna: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung meiner Interpellation. Wenn ich die Auskunftsfreudigkeit des Gemeinderats so freudig erlebt hätte, wie er das in der Antwort beschreibt, wäre es mir wahrscheinlich nicht in den Sinn gekommen, diese Fragen zu stellen. Seit mehreren Jahren schon, ziemlich seit den Anfängen des Altersleitbilds, habe ich nie Antworten in Bezug aufs Leitbild erhalten. Es war sogar so, dass ich jeweils richtiggehend abgewiesen wurde. Hinterher weiss ich, dass verschiedene Situationen der Grund dafür war. Aber es schafft Misstrauen und als ich dann hörte, dass von einer neuen Stossrichtung gesprochen wird, suchte ich auf diesem Weg nach einer Antwort. Stimmen aus der Bevölkerung unterstützten mich dabei. Un-

terdessen hat sich einiges geklärt. Die Fachstelle Gesellschaft wurde besetzt. Das Ressort wechselte ein weiteres Mal. Habt ihr eine Ahnung, wie oft dieses Leitbild von Ressort zu Ressort wechselte? Ich konnte mit fünf Gemeinderäten darüber sprechen, mit dem sechsten noch nicht.

Ich hoffe, dieses Hin und Her sei jetzt vorbei und das Altersleitbild erhält nun eine Chance, gut umgesetzt zu werden. Es ging eigentlich ganz still vor sich. Ein Leser von "Land und Stadt" hat mich auf die Stellenbesetzung der neuen Fachstelle aufmerksam gemacht. Ich habe mich dann in meinem Umfeld erkundigt, ob sie wissen, wer Bettina Bertschinger sei. Niemand wusste es. Anscheinend lesen nicht allzu viele Leute "Land und Stadt". Es ist schade, dass diese Person nicht bekannter gemacht wurde, denn ich denke, ihr habt eine gute Wahl getroffen.

Ich freue mich über das klare Bekenntnis, dass ihr an diesen Strategiezielen, die festgehalten sind, dran bleiben wollt. Zu denken gibt mir, dass der Gemeinderat schreibt, es seien hohe Erwartungen an das Altersleitbild geweckt worden. Erwartungen, die mit den bewilligten Mitteln für diese Fachstelle eine Illusion waren. Und dann ging eine LOVA-Massnahme drüber. Ich hörte allerdings auch, dass die ehemalige Fachstellenleiterin plötzlich für den Krippenpool arbeiten musste. War diese Stelle ausgefüllt oder hätte sie nicht auch Zeit gehabt, in diesem Bereich mehr zu arbeiten? Pro Senectute macht sicher eine gute Arbeit, aber es sichert nur einen Teil dieses Altersleitbilds. Ich bin der Meinung, dass dieser Betrag immer noch sehr hoch ausfällt, aber derjenige der Fachstelle Gesellschaft sehr klein. Es bleiben ihr nur wenige Stellenprozente für den Bereich Alter. Das Verhältnis muss im nächsten, spätestens aber im übernächsten Budget aus meiner Sicht nochmals geprüft werden. Jetzt hätten Sie die Möglichkeit zu prüfen, was diese neue Fachstelle oder das Seniorenforum brauchen, um dann im 2020 zu schauen, wie die Gelder verteilt werden. Gelingen könnte es vielleicht, so wie es ist. Dann, wenn das Seniorenforum den Wirkungsraum erhält, der ihm gemäss dem Reglement zusteht. Und ich nehme an, dass dieses Reglement immer noch gilt. Ich hoffe nicht, dass es überarbeitet wird. Und wenn ihm der Spielraum und die Wertschätzung gewährt werden, habe ich eine gute Sicht auf die Zukunft.

Die Mitglieder, die 2017 verabschiedet wurden, durften nicht über ihre Arbeit und den Grund des gleichzeitigen Rücktritts der Kommission sprechen. Doch auch ohne Worte oder eben gerade deshalb, ist der Eindruck gerechtfertigt, dass diese damals freiwilligen Rücktritte eine Geschichte haben. Das Reglement sieht vor, dass sich das Forum selber konstituiert. Die Fachstelle Gesellschaft hat Einsicht und koordiniert die Aktivitäten des Forums im Rahmen ihres Auftrags zur operativen Umsetzung des Altersleitbilds. In einem Neuanfang liegt immer auch Hoffnung und ich hoffe, dass ihr diesen Leuten nun Flügel gebt, ihnen zuhört, auch wenn euch nicht alles passt, was sie vorbringen. Es sind Menschen, die sich freiwillig engagieren und sie helfen mit, dass Wettingen die Kosten des Altersleitbilds so niedrig halten kann.

Schluss der Sitzung: 22:20 Uhr

Wettingen, 16. Mai 2019

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Hansjörg Huser

Gemeindeschreiberin

Barbara Wiedmer